

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 6a, Fernruf: P 7 Jannowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 247 B

BERLIN · Donnerstag, den 20. Oktober 1932

I. JAHRGANG

Die Ohnmacht des Rechts!

Die Verhandlungen zwischen dem Reich und den Ländern vor dem deutschen Staatsgerichtshof, die am Montag mindestens zu einem vorläufigen Ende gekommen sind, mögen für die Aenderung der nun einmal geschaffenen Verhältnisse so bedeutungslos sein wie sie wollen — für die Kennzeichnung der Tatsachen, die das heutige politische und rechtliche Leben Deutschlands bestimmen, sind sie von geradezu unschätzbarem Aufklärungswert. Sie haben klar gemacht, wohin es führt, wenn ein Staat eine demokratische Verfassung hat. Die ordentlich nach dem Wahlrecht mit den vier Eigenschaften gewählten parlamentarischen Vertretungen, die sich in ihrer Zusammensetzung und Tätigkeit wie ins Freie verlegte Irenhäuser ausnehmen, haben so wenig vermocht, auf die Dauer irgend etwas wie eine Regierungstätigkeit auszuüben, daß in bezug auf verfassungsrechtliche Fragen ein tolles Durcheinander eingerissen ist, das nun der arme Staatsgerichtshof in Leipzig in Ordnung bringen soll. Wir erlauben uns dazu die Bemerkung, daß an dieser Verfassung offenbar nichts in Ordnung zu bringen ist; denn die wesentlichsten ihrer Artikel stehen im Widerspruch zu anderen derselben Verfassung, gelegentlich sogar zu sich selber, oder sie enthalten den 1919 hingeschriebenen tröstlichen Zusatz, daß „das Weitere“ noch geregelt oder bestimmt werden würde.

Der ganze Jammer der deutschen Revolution von 1918 und die Weimarer Verfassungschusterei tritt hier für Leute, die sehen können, zu Tage. Das ganze Weimarer Verfassungswerk ist genau das Abbild der Revolution: ein Mischmasch von im Ansatz guten Gedanken, mangelnder Entschlossenheit und schließlichen Kompromissen. Jeder der Teilhaber an der sogenannten Weimarer Koalition hatte offenbar die Vorstellung, was ihm als Sinn dieser Verfassung vorschwebte, würde sich irgend wie noch durchsetzen lassen.

Der Kampf um den Sinn dieser Verfassung

Ist in Leipzig nämlich nur juristisch ausgetragen worden, d. h. in Leipzig soll geradezu aufgeschrieben werden, was als Quintessenz der heutigen Verfassung zu gelten habe. Da der Wortlaut der Verfassung selber für diesen Fall alle möglichen Anlegungen zuläßt, ist es gut möglich, daß der bisher geschaffene Zustand des staatlichen Lebens bis auf einige Kleinigkeiten auch gesetzlich sanktioniert wird. Man glaube nicht etwa, daß sich für geschickte Juristen der berühmte Artikel 1 der Weimarer Verfassung: „Präsidential-Kabinet in Einklang bringen ließe. Da Herr von Hindenburg von der Mehrheit des deutschen Volkes gewählt worden ist, kann es niemand verwehrt werden anzunehmen, das, was Hindenburg tut, werde von der Mehrheit des deutschen Volkes für wohlgeboten angesehen. Es war ein Staatsrechtslehrer, der sich vor den Staatsgerichtshof hinstellte und erklärte:

„Es ist ein Glück, daß Artikel 48 gegenüber dem Rechtsstaatsgedanken dem Herrschaftsgedanken zum Durchbruch verhilft.“

Für diesen Herrn ist die Weimarer Verfassung also die offizielle Legalisierung der Willkür. Mehr könnte man auch von einer faschistischen Verfassung nicht verlangen.

Selbstverständlich können vernünftige Menschen aus der Weimarer Verfassung auch etwas ganz anderes herauslesen: Was heute in Deutschland geschieht, entspricht jedenfalls nicht dem Willen des deutschen Volkes, das „sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen“, durch seine Vertreter die Weimarer Verfassung hat beschließen lassen. Denn von Freiheit und Gerechtigkeit ist in Deutschland nur noch in Phrasen etwas zu spüren.

Es zeigt sich (dazu haben die politischen und juristischen Erörterungen beigetragen), daß da, wo nicht von vornherein

der Maßstab der Gerechtigkeit

angelegt wird, nur ein Diktator herrschen kann. Die Weimarer Verfassung hat den Diktator „Mehrheit“ eingesetzt, einen Diktator, der im Laufe der Jahre über seine eigenen Einsichtspunkte ist und jetzt dem Diktator, Hindenburg Platz gemacht hat. Wer diesen Diktator ablöst, ob Hitler oder Hindenburg oder Schleicher oder sonst wer, ist an sich gleich; in keinem dieser Fälle, — auch nicht im Fall der Wiederherstellung der Herrschaft irgend einer Mehrheit — kann von einem Rechtsstaat die Rede sein. Es kann zwar äußerliche Zeichen davon geben, Gesetzes und Gerichte und Polizei, dem wesentlichen Inhalt nach sind es legalisierte Herrschaftsverhältnisse.

Anwalt des Staates gegen Anwalt des Rechts.

Der Kampf gegen den Verteidiger Litten

steht jetzt so: Die Ablehnung der drei neuen Felsenbeck-Richter durch Littens Vertreter Cohn-Bendix ist zurückgewiesen worden. Cohn-Bendix hat dann die Verteidigung niedergelegt, und den kommunistischen Angeklagten ist auf Antrag des Staatsanwalts Stenig vom Gericht der Rechtsanwalt Plaut als Officialverteidiger zugeteilt worden. Plaut hat scharf gegen Litten, den Vertrauens-Anwalt der Angeklagten gekämpft. Die Angeklagten erklärten daraufhin durch einen Genossen aus ihrer Mitte, daß sie zu Plaut kein Vertrauen hätten und keinerlei Aussagen machen würden. Unter diesen Umständen wird nun der Prozeß geführt.

Zur rechtlichen Seite des Falles zitieren wir das „Berliner Tageblatt“, weil es über den Verdacht besonderer Kommunistenfreundlichkeit erheben ist:

„Das Präsidium der Anwaltskammer ist vermutlich zurzeit mit so überaus wichtigen Problemen beschäftigt . . . daß es sich um das gar nicht kümmern kann, was in der Welt des Realen vorgeht. Denn nicht anders ist es zu erklären, daß es zu einem Konflikt schweigt, der geeignet ist, die Grundrechte der freien Advokatur zu erschüttern, — daß es nicht, zumindest mit jener Energie Aufklärung fordert, die sonst jederzeit von der Anwaltskammer aufgebracht wird, wenn es gilt, einen Anwalt zu verfolgen, dessen Namen häufiger, als es der Anwaltskammer notwendig erscheint, in der Tagespresse genannt wird. Nicht anders ist es zu erklären, daß diese Standesorganisation zu dem Fall des Rechtsanwalts Dr. Litten schweigt. . . .

Wenn die Standesorganisationen der deutschen Anwaltschaft nicht zu dem Unrecht, das diesem Anwalt zugefügt wird, Stellung nehmen, dann gefährden sie die Grundrechte der freien Advokatur selbst. . . .

Keine aufgeschriebene Verfassung kann den

Kampf um die gesellschaftliche Macht

überflüssig machen. Es ist der Aberglaube vieler gutgläubiger Arbeiterführer 1918 gewesen und ist es auch heute noch, daß eine schöne Verfassung auf dem Papier genüge, um eine schöne Verfassung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu garantieren. In Wirklichkeit hat bedrucktes Papier überhaupt keinen notwendigen Einfluß auf die gesellschaftlichen Verhältnisse. Der Kampf um das Recht ist zunächst ein Kampf um die Macht. Er besteht — wie Konfuzius es einmal ausgedrückt hat — in der Umkehrung eines Verhältnisses: Man muß dafür sorgen, daß nicht wie bisher „die Verdrehten auf die Geraden drücken, sondern die Geraden auf die Verdrehten“. Wer das Recht sichern will, muß die Macht ergreifen. Insofern kann man geradezu, wenn auch in einem völlig andern Sinn als heutige Zyniker, sagen: Macht geht vor Recht. Der heute so lautende Grundsatz wird im allgemeinen so verstanden, daß, wer die Macht hat, nicht zu fragen braucht, was Recht ist. Dieser unwürdige Zustand herrscht heute in der Tat. — In Leipzig tummeln sich sogar einige angestellte Professoren, um ihn „wissenschaftlich“ zu begründen.

Es ist der Jammer in der

Theorie der Arbeiterbewegung,

daß man das richtige Verhältnis zwischen Macht und Recht nicht in ihr verankert hat. Aus der bisherigen Rechtlosigkeit der Machtlosen schließt man auf die Unmöglichkeit des Rechts überhaupt und betrachtet es als eine von den Herrschenden eingeführte heuchlerische Ideologie zur Vertuschung der vorhandenen Unrechtsverhältnisse und verbaut sich so den Weg zu dem Aufbau eines objektiven Rechts. Das führt zu einer Verfälschung der theoretischen und politisch-praktischen Arbeit der Arbeiterbewegung, die schrecklich anzusehen ist.

Der rechte Flügel stürzt sich in Ermangelung jeder Erforschung und Erkenntnis dessen, was Recht ist, und in Verkennung der Notwendigkeit eines Machtkampfes auf den Willen der Mehrheit, den er für die einzige Quelle rechtmäßiger Forderungen hält.

Der linke Flügel, der den Jammer und den offensichtlichen Unfug und sogar das offensichtliche Unrecht vieler Mehrheitsentscheidungen, durch eigene Erfahrungen gewitzigt, endlich begreift, stürzt sich ebenso willkürlich auf die bloße Umkehrung der jetzigen Verhältnisse: Der Ohn-

AUS DEM INHALT:

Es geht um die Geistesfreiheit.

Wege zur Einheitsfront.

Zur Kundgebung des ADGB.

Neue Streikwelle gegen Lohnabbau.

Irland im Kampf gegen die Krise.

Bevor der Prozeß . . . wieder begann, erklärte der Vertreter der Anklagebehörde, der Staatsanwalt Stenig, ganz öffentlich, daß Litten in dem nächsten Felsenbeck-Prozeß nicht verteidigen werde; und siehe da . . . Herr Staatsanwaltschaftsrat Stenig behielt recht.“

Melcher gegen „Rote Hilfe“.

In einer „Rote Hilfe“-Versammlung in Berlin am Dienstag wollte der überwachende Offizier einen dort sprechenden Jugendgenossen verhaften. Der aber verschwand vom Rednerpult und wurde von der Polizei trotz sofortiger Abriegelung aller Ausgänge nicht gefunden. Der Polizeioffizier rächte sich, indem er mitten in der nun folgenden Rede Dombrowski die Versammlung auflöste. „Wegen Verächtlichmachung der Reichsverfassung durch den Redner“ — so wird gemeldet, offenbar, um Verwechslungen mit anderen Verächtlichmachern der Reichsverfassung auszuschließen.

macht des Proletariats setzt er dessen Allmacht, dem schrankenlosen Privateigentum dessen schrankenlose Beseitigung entgegen!

Die Diktatur des Proletariats halten auch wir für notwendig, aber für eine taktische Notwendigkeit beim Übergang zum sozialistischen Staat. So, aber auch nur so, können wir den Kommunisten und überhaupt allen Revolutionären zu dieser Förderung verpflichten.

Was aber rechtlich in einem Staat zu geschehen hat,

eine Erforschung des Rechts,

das ist bisher überhaupt kaum angepackt worden, und von der herrschenden sozialistischen Lehrmeinung gar nicht. Auch das große Aufbauprogramm in Sowjet-Rußland ist von Erwägungen des Rechts bisher kaum berührt worden. Daß es tatsächlich in vieler Hinsicht rechtlichen Anforderungen entspricht, daß es also Recht ist, die Kirche zu unterdrücken, daß es Recht ist, Kapitalisten an der Ausübung ihrer Macht zu verhindern, daß es Recht ist, für soziale Hygiene und Aufklärung zu arbeiten, daß all dies, was Recht ist, auch wirklich geschieht in Sowjet-Rußland, ist leider immer noch zufällig. Zufällig deshalb, weil es nicht rechtlichen Erwägungen, sondern einem mehr oder weniger aufgeklärten rechtlichen Gefühl entspringt. Wie sehr es an dieser Aufklärung des Rechtsgefühls, an einer wissenschaftlichen Rechtslehre fehlt, geht daraus hervor, daß andere, und zwar wesentliche Einrichtungen in Sowjet-Rußland objektiv Unrecht sind, auch wenn sie von den Herrschern dort für Recht gehalten werden, was wir nicht bezweifeln. Der ganze Kollektivismus ist in seinen Grundlagen eine Veräußerung am

Recht der vernünftigen Selbstbestimmung

des Menschen. Die ausführliche Begründung dieser Behauptung müssen wir uns hier leider versagen; und dazu auf die von Leonard Nelson gelieferte „Rechtslehre und Politik“ verweisen, da sie den Rahmen eines Zeitungsartikels übersteigt.

Was hier zu erörtern war, ist der Nachweis, daß die Herrschaft des Rechts nicht einmal von denen ausdrücklich erstrebt wird, die unter der Herrschaft des Unrechts maßlos zu leiden haben. Was für ein Wunder sollte es also sein, daß das Unrecht von denen ausgeübt wird, die daran profitieren? Und wer wundert sich also über die Ergebnisse von Weimar und Leipzig!

Willi Eichler

Kabinettskrisen.

Rücktritt des belgischen Kabinetts.

Wie nach der Niederlage der belgischen Regierungsparteien in den vor gut einer Woche erfolgten Gemeindevahlen allgemein erwartet wurde, ist das Kabinett Renkin jetzt zurückgetreten. Renkin versuchte, um diesen Schritt heranzukommen, indem er vor einigen Tagen erklärte, die Kontingierpolitik aufgeben zu wollen. Mit diesem Zugeständnis waren jedoch die Liberalen nicht zufrieden, da sie auch gegen die Steuererhöhungen sind, die Renkin einführen will. Renkin weigerte sich, Kammer und Senat aufzulösen und die Regierungsgeschäfte bis zur Bildung einer neuen Regierung weiterzuführen. Wahrscheinlich wird ein Übergangskabinet diese Aufgabe erhalten.

Zerfall der tschechischen Koalition?

Der tschechoslowakische Ministerpräsident Udrzal ist von seinem Amt zurückgetreten, weil sein Gesundheitszustand sich sehr verschlechtert habe. Im Anschluß daran wird das gesamte Kabinett zurücktreten.

Der Gesundheitszustand des Herrn Udrzal ist nicht der einzige Grund für die Kabinettskrise. Bekanntlich hatte die Regierung die Absicht, wie allgemein üblich auf Kosten der Beamtgehälter zu sparen. Nun konnte innerhalb der Regierung keine Einigkeit darüber erzielt werden, wie die Kürzungen auf die einzelnen Beamtengruppen verteilt werden sollten, da die Agrarier die Lasten auf die unteren Beamten abwälzen wollten, für deren Schutz die Sozialdemokraten und die Vertreter des Mittelstandes eintraten. Da diese Frage für die Wahlpropaganda von großer Bedeutung ist, gelang es nicht — wie sonst so oft in den Jahren der Koalition — eine Kompromißlösung zu finden.

Der Nachfolger Udrzals wird wieder ein Agrarier sein, und zwar Malypetr, der Präsident des Abgeordnetenhauses.

Japanisch-russischer Nichtangriffspakt?

Zwischen Litwinow und dem japanischen Gesandten in Moskau, Schirota, haben Verhandlungen über den Abschluß eines japanisch-russischen Nichtangriffspaktes stattgefunden. Die japanische Regierung stellt als Bedingung, daß Rußland den Staat Mandschukuo anerkennt und daß der Pakt auch für diesen Staat gilt. Die Verhandlungen werden demnächst fortgesetzt werden.

Der Krieg in der Mandchurei.

Bisher ist es den japanischen Truppen nicht gelungen, die von den chinesischen Freischaren besetzten Teile der Mandchurei wiederzuerobern. Die Mongolei hat sich bereit erklärt, den Freischaren im Kampf gegen die Japaner beizustehen.

Die chinesischen Gesandten in Paris, London und Washington haben gemeinsam die chinesische Regierung aufgefordert, in den Bürgerkrieg in der Provinz Szetschwan einzugreifen, da dieser die internationale Stellung Chinas außerordentlich schwäche.

Die Regierung der chinesischen Sowjet-Provinzen hat erklärt, daß sie den Lytton-Bericht aufs Schärfste bekämpfen würde.

Terror in Tokio.

Im Bezirk von Tokio wurden 150 Personen verhaftet, die im Verdacht stehen, unter der Bauernschaft gegen die Regierung Propaganda gemacht zu haben. 35 weitere Personen wurden wegen ihrer Mitgliedschaft zur revolutionären Gewerkschaft verhaftet.

Die Nachricht von Gandhis Krankheit wird von den Beamten des Jeravda-Gefängnisses in Puna demontiert.

Autonomie-Bewegung in der Slowakei.

Nationalismus als Einheits-Konfession.

Am Sonntag fand in der slowakischen Stadt Altfohl eine von mehr als 20 000 Personen besuchte Kundgebung statt, auf

Der Eindruck der deutschen Außenpolitik in Frankreich.

G. K. Paris, den 17. Oktober.

Die Rede des deutschen Reichskanzlers in München hat hier einen niederschmetternden Eindruck gemacht, der durch die Weigerung Deutschlands, an der Viererkonferenz in Genf teilzunehmen, noch erheblich verstärkt wird.

Des Reichskanzlers Rede von dem „Sacrum Imperium“, dem „Heiligen Reich“, hat manche Zweifler davon überzeugt, daß die deutsche Regierung die Gleichberechtigung ausschließlich zu dem Zwecke fordert, um ihren imperialistischen Eroberungsplänen nachzugehen. „Bien sacré“ („Verflucht noch mal“) sagt man hier dazu.

Immer weitere Volkskreise finden sich hier damit ab, daß eine neue Verteidigung gegen einen Angriff Deutschlands spätestens in einigen Jahren unvermeidlich wird. Als einzige Alternative sieht man den Bürgerkrieg in Deutschland, den man aber angesichts der Art und Weise, wie die deutsche Arbeiterschaft ihre Rechte mit Füßen treten läßt, für sehr unwahrscheinlich hält.

Nein, es wäre verkehrt, sich einzubilden, daß das französische Volk noch irgend welche Hoffnung auf den Friedenswillen des Deutschen Reiches oder den Kampfswillen der deutschen Arbeiterschaft setzt. In der Tat, wo gibt es ein Zeichen, an dem außerhalb Deutschlands jemand erkennen kann, daß jener Friedenswille oder Kampfeswille dort vorhanden ist? Kein Ruf dringt bis hierher, und man gewöhnt sich nach berühmtem altem fatalistischem Rezept an die Notwendigkeit eines Krieges.

Man will in Frankreich nicht den Krieg, aber man weiß nicht, wie ihn verhindern. Man weiß auch nicht, was tun, wenn er ausbricht. Der Grund dafür ist, daß weder von den

Internationalen noch von den Länderorganisationen der Arbeiterschaft und der Friedensfreunde irgend welche bestimmten Parolen ausgegeben werden, mit deren Propaganda man Vertrauen einflößen und Kampfeskräfte schaffen kann. Man verbirgt seinen Mangel an Mut und an Weitblick hinter allgemeinen Redensarten.

Inzwischen wird die Lage immer ernster. Sie ist so kritisch, wie sie vielleicht seit Kriegsende nicht mehr gewesen ist. Allgemeine Erwägungen von der Notwendigkeit der internationalen Annäherung der Arbeiterschaft sind wirkungslos, reichen auch angesichts des immer bedrohlicher werdenden Umfangs der Kriegsvorbereitungen keineswegs hin. Es genügt auch nicht, zu sagen (wie die französischen Gewerkschaften es eben wieder getan haben), daß im Falle einer unmittelbaren Kriegsgefahr der Generalstreik proklamiert werden sollte. Es gilt, heute mit der Abwehr der Kriegsgefahr zu beginnen; denn sie droht schon jetzt unmittelbar, und sie kann erfolgreich bekämpft werden, etwa durch Maßnahmen, wie sie auf dem diesjährigen Kongreß der Internationalen Transportarbeiter-Föderation zum wiederholten Male gefordert worden sind: Verweigerung der Produktion und der Transporte von Waffen und Munition!

Eine nicht minder wichtige Aufgabe ist es, die Arbeiterschaft erst einmal auf die Kriegsgefahr hinzuweisen, die noch immer weit unterschätzt wird und vor allem den Nationalismus zu bekämpfen, der z. B. innerhalb der deutschen Arbeiterorganisationen ständig im Wachsen ist. Der Krieg kann nur durch eine internationale Aktion der Arbeiterschaft verhindert werden, und die Bereitschaft zu einer entschlossenen internationalen Aktion besteht nur dann, wenn keine nationalen Interessen das Klasseninteresse der Arbeiter überschatten.

der die Einheitsfront zwischen der slowakischen katholischen Volkspartei und der slowakischen protestantischen Nationalpartei gefeiert wurde. Die Führer beider Parteien forderten die völlige Autonomie der Slowakei, ihre Parole ist: „Beseitigung der Tschechen aus der Slowakei!“

Henderson nicht mehr Führer der Labour Party.

Arthur Henderson ist von der Führung der englischen Labour Party zurückgetreten. Er begründet diesen Schritt damit, daß es besser sei, daß wieder, wie früher, der Führer der Labour Party zugleich Führer der Parlamentsfraktion sei; er selber ist aber nicht Mitglied des Unterhauses. Wahrscheinlich spielt bei seinem Rücktritt auch die Tatsache eine Rolle, daß er auf dem Parteitag der Labour Party außerordentlich kühl empfangen worden ist. Henderson bleibt weiter Sekretär und Kassierer der Labour Party.

George Lansbury, der Führer der Parlamentsfraktion, ist also nun auch Führer der Labour Party. Lansbury hat sich zur Zeit der Labour-Regierung durch die Einrichtung einer Badeanstalt im Hyde Park in London hervorgetan und kürzlich besonders durch seine häufigen Auftritte an die Häupter religiöser Gemeinden, vor allem an die Führer der Christenheit.

Ein neuer Abrüstungsappell, der die Unterschriften von 300 englischen Persönlichkeiten trägt, fordert von Mac Donald sofortige Abrüstung im Einklang mit dem Hoover-Plan. Unter den Unterzeichnern befinden sich eine Anzahl von Lords und Bischöfen, sowie der Führer der Opposition, Lansbury, und der Vorsitzende des Gewerkschaftskongresses.

Ottawa-Verträge im Unterhaus.

Kündigung des englisch-russischen Handelsvertrages.

Am Dienstag wurde das englische Unterhaus eröffnet. Es wird sich während der nächsten Tage hauptsächlich mit der Ratifizierung der Abkommen von Ottawa beschäftigen.

Wie zu erwarten war, erklärte Thomas, daß der eng-

lisch-russische Handelsvertrag mit sechsmonatiger Frist gekündigt worden sei, zum „Schutz der Ottawaer Vorzugszölle gegenüber staatlichen Maßnahmen irgend eines ausländischen Staates, durch die ihre Wirkung abgeschwächt werden könnte“. Der kanadische Ministerpräsident hat also nicht umsonst gegen die englische Einfuhr aus Rußland gehetzt!

Lansbury, der Führer der Labour Party, fragte Thomas, ob denn erwiesen sei, daß die Russen Dumping betreiben, worauf Thomas erwiderte, man müsse sich gegen das Dumping von Waren schützen, die bei Hungerlöhnen hergestellt worden seien. Nach Ansicht der englischen Regierung gibt es also Hungerlöhne lediglich in Rußland, nicht aber in England und auch nicht in Indien oder China!

Ueber die fehlgeschlagenen englisch-irischen Verhandlungen erklärte Thomas im Unterhaus, daß De Valera die Errichtung einer unabhängigen irischen Republik gefordert habe, die in lossem Zusammenhang mit dem britischen Weltreich stehen würde.

Ergebnis der französischen Senatswahlen.

Bei den am Sonntag erfolgten Neuwahlen von 111 französischen Senatoren haben die an der Regierung beteiligten Parteien (Radikale [Herriot] und Sozialistische Republikaner [Painlevé]) zusammen 3 Sitze gewonnen. Die Sozialisten hatten vorher zwei Sitze, von denen sie einen verloren haben. Die Parteien der rechten Opposition haben zwei Sitze verloren, Tardieus Partei allein 4 Sitze.

Der Reichsjustizminister tritt ans Licht.

Was es alles gibt! Es gibt z. B. eine Veroinigung kraftfahrender Journalisten. Vor der sprach am Dienstag der Reichsjustizminister Görtner. Er kündigte eine

Notverordnung gegen den Autodiebstahl an. Sie sei bereits fertig, nur Hindenburgs Unterschrift fehle noch. Hiermit tritt der Justizminister des Papen-Kabinetts, den die Enthüllung aller schreienden Mängel der Sondergerichte nicht aus dem Dunkel herausgelockt hat, zum ersten Mal ans Licht der Öffentlichkeit.

Es geht um die Geistesfreiheit.

Vierte pädagogische Woche der „Freunde der sokratischen Methode“.

Vor kurzem versammelten sich etwa neunzig Lehrer aller Art aus ganz Deutschland für sechs Tage im Land-erziehungsheim Walkemühle bei Kassel zu einer Arbeitswoche. Den Kern ihrer Arbeit bildeten Gespräche in kleineren Gruppen: Gespräche, die in besonderer Weise geleitet wurden. Die Leitung erschöpfte sich nicht in einer bloß geschäftsordnungsmäßigen Führung, in der Worterteilung u. s. w. Die Kunst der Leitung eines solchen sokratischen Gesprächs liegt in der Herstellung eines geistigen Verkehrs zwischen den Gesprächspartnern.

Mit dem Kampf um die Einhaltung lächerlich einfach erscheinender Anforderungen beginnt der sokratische Leiter seine Bemühungen um die Entfesselung eines solchen Verkehrs; Anforderungen wie: laut und verständlich zu sprechen; kurz zu sprechen; dem anderen zuzuhören. In der Tat kostet die Durchsetzung so einfacher Vorbedingungen heute zunächst fast immer einen Kampf; so sehr sind sie vernachlässigt in dem kulturlosen Aneinander-vorbereden, das heute fast überall vor sich geht, wo man überhaupt zu diskutieren pflegt — von dem noch kulturloseren Anpredigen ohne Diskussion ganz zu schweigen. Erst bei Einhaltung jener äußeren Vorbedingungen können die feineren Bemühungen einsetzen: das Bemühen zu verstehen, was der andere meint; durch Querfragen, durch Wiedergeben seiner Behauptung zu kontrollieren, ob man wirklich den Gedanken des anderen aufgefaßt hat. Es geht hier darum, ein gemeinsames Nachdenken in Gang zu bringen, bei dem alle Teilnehmer jeden Schritt gemeinsam tun und nicht eher zum nächsten übergehen, als über den vorigen Einverständnis im Kreise der Gesprächsteilnehmer herrscht.

Ein Gespräch von dieser Strenge zustandezubringen, erfordert eine große Geduld bei allen Beteiligten, und oft wird das „Halt“ des Leiters von den in ihren Reden unbekümmert lossprudelnden Teilnehmern als eine lästige Bremse empfunden. Dazu kommt die schonungslose Ent-

hüllung jeder Unklarheit in den vorgebrachten Gedanken; denn das Bemühen um ein Gespräch im erläuterten strengen Sinne enthüllt die Unklarheiten automatisch. Für den, der ein wenig Freimut hat, ist das alles herrlich zu beobachten. Der, dem der Freimut fehlt, ist hingegen in schlimmerer Lage, wird verärgert und kriegt dann natürlich erst recht nichts Vernünftiges an Gedanken zustande. So ist in den Anfängen ein sokratisches Gespräch vielfach eine Nervenprobe.

Welchen Sinn hat dieses mühsame Unternehmen?

In einer der gemeinsamen Aussprachen aller Gruppen des Kurses in der Walkemühle wurde die Frage nach den Voraussetzungen der sokratischen Methode erörtert. Die Aussprache ergab folgende Voraussetzungen:

Es gibt allgemeingültige und notwendige Wahrheiten, deren wir uns zunächst nicht klar bewußt sind, die aber durch Nachdenken zur vollen Klarheit gebracht werden können; wesentliche Hilfsmittel für diesen Klärungsprozeß sind die Sprache und das Miteinanderdenken im Gespräch.

Um was für allgemeingültige und notwendige Wahrheiten handelt es sich?

Zwei Themen standen für die sokratischen Gespräche auf dem Kursus zur Diskussion: „Religion und Erziehung“ und „Nation und Erziehung“; Themen also, die heute jeden ernsthaften Lehrer vor Entscheidungen stellen. Der Kampf um ein Reichsschulgesetz droht. Die nationalistische Bearbeitung der Jugend wird von Staats wegen immer stärker erzwungen; der Wehrsport, das Kleinkaliberschießen beginnt. Die sokratische Methode ruht auf der Überzeugung, daß es auch in solchen Fragen eine objektive richtige Entscheidung gibt; eine Entscheidung, die also Verbindlichkeit beansprucht und denselben Grad von Sicherheit hat wie die Wahrheiten der Mathematik.

Es gelingt selten, in einem Anfängerkurs in sokratischer Methode in wenigen Tagen erheblich vorzudringen in der Lösung solcher Probleme wie der beiden genannten; zu zahlreich sind die Vorurteile, die über solche Dinge in den Köpfen festsitzen; zu groß die Verheerungen, die das Schlagwort und die verständnislose Lektüre unverständlicher Bücher auf diesen Gebieten angerichtet haben. Was aber bereits in einem Anfängerkurs gelingt, ist die

Erschütterung der Vorurteile, das schrittweise Abbauen der Dogmen, das Wecken des Sinns für Kritik, für gewissenhafte Behandlung solcher Fragen. So wächst langsam eine Ahnung davon, daß es möglich ist, kraft eigenen Denkens hier sicheren Grund zu fassen, und aus längerer Übung in der sokratischen Methode erwächst dann die Gewißheit von jener Möglichkeit; das sichere Selbstvertrauen in die Vernunft.

Der Weg dahin ist für die Erwachsenen mit besonders vielen Mühen geplastert — wegen der Menge der Vorurteile, die sie mitbringen. Für die Erwachsenen ist die sokratische Methode zunächst meist eine Schinderei; eine Schinderei freilich, deren heilsame Wirkung man bald spürt. Es war wohl auch auf dieser Woche der „Freunde der sokratischen Methode“ der stärkste Eindruck, Kinder in sokratischem Gespräch zu sehen; bei einem Thema, das der Erforschung nicht die Schwierigkeiten entgegengesetzt wie die Fragen der Religion, der Nation, der Erziehung. Diesmal hatten die Kinder zwei Themen vor; eins aus der Geometrie und das andere: wie groß die Wurzel aus 2 ist. Ohne die Behinderung durch Vorurteile hantierten die etwa 12jährigen Jungen mit einander, mit einer Heiterkeit, einer so wohlthuenden Ruhe, einer tiefen Vertrautheit mit den Dingen, die sie dort erforschten; alles das, ohne daß der Lehrer in das freie Spiel ihrer Selbsttätigkeit eingriff, indem er sich etwa selber zu dem Thema geäußert hätte, indem er ihnen etwa auf die Sprünge geholfen hätte. Es ist schwer, dies so schildern, was so beglückend anzusehen und zu hören war, daß man Stunden lang angespannt hätte zuhören können. Was hier in solcher Reinheit zum Ausdruck kam, enthüllte den tiefsten Sinn der sokratischen Methode: es geht um das heute fast verschüttete Gut der Geistesfreiheit; das will die sokratische Methode fassen, den freien geistigen Verkehr der Geometrie und Arithmetik treibenden Kinder dort zu sehen, das zeigte schlagartig, was durch den Ansturm der kirchlichen und nationalistischen Reaktion auf die Schulen vernichtet wird.

Daß der Kurs den Teilnehmern von dem Gut der Geistesfreiheit einen Eindruck vermittelte (fast ohne ein Wort über die Geistesfreiheit zu verlieren), das war das zum Kampf treibende Element dieses Kurses. H.K.

Was können wir tun zur Verwirklichung der Einheitsfront?

„Der Funke“ — ein unentbehrliches Werkzeug!



M. H. Der Aufsatz „Die Rote Einheitsfront“ in der Sonntagsnummer des „Funken“, macht die Frage nötig, was man über die in dem erwähnten Aufsatz gemachten Vorschläge hinaus tun könnte, um die Einheitsfront zu verwirklichen.

Ueber diese Frage fand vor einigen Tagen in Köln eine Aussprache statt, zu der der Ortsverein des ISK solche Vertreter verschiedener politischer Richtungen eingeladen hatte, die ehrlieh eine Einheitsfront wollen und sachlich darüber zu diskutieren bereit sind.

Was könnten wir tun, um die Arbeiterschaft zu Aktionen zusammenzubringen? Der ISK setzt an die erste Stelle dieser Bemühungen die Mitarbeit in den freien Gewerkschaften und steht gerade jetzt nach den erfolgreichen Streiks gegen die Anwendung der Pappenschen Notverordnung in den Betrieben eine besonders gute Chance für eine Aktivierung der Gewerkschaftsmitglieder.

Wer Erfahrungen in der Gewerkschaftsarbeit hatte, gab das zu. Alle waren sich einig, daß die Herstellung der parteipolitischen Neutralität und Unabhängigkeit der Gewerkschaften eine der dringendsten Aufgaben sei, wodurch auch die Rückkehr vieler kommunistischer Kollegen in die Gewerkschaften erleichtert würde.

Für nicht weniger wichtig wurde angesehen, eine engere Verbindung zwischen den erwerbslosen und arbeitenden Kollegen herzustellen. Nur einige freigewerkschaftliche Verbände nehmen heute schon Erwerbslose auf. Wenn diese Praxis weiter durchgesetzt wird, dann kann auch die Liquidierung der RGO beschleunigt werden, die gerade viele Erwerbslosen umfaßt.

Die anwesenden Genossen — auch die Kommunisten — waren der Ansicht, daß auch die Leitung der KPD den völligen Bankrott der RGO sieht und mit deren Auflösung nur deswegen noch zögert, weil sie einen Prestige-Verlust fürchtet und wohl auch Verluste an Mitgliedern, weil viele durch die kommunistische Gewerkschaftspolitik derartig gegen die freien Gewerkschaften eingenommen worden sind, daß sie nur sehr schwer zu der notwendigen mühsamen und sachlichen Arbeit innerhalb der Gewerkschaften zu bringen sein werden.

Ein kommunistischer Genosse wollte noch nicht zugeben, daß die RGO überflüssig sei; ihre „Erfolge“ kannte er allerdings nur aus seiner Presse, und er hätte sich sagen lassen, daß er dann allerdings wohl zuerst überlebende oder falsche Berichte zu lesen bekommen habe. Aber er meinte er, gerade wenn den Gewerkschaften durch die Regierung das Streiken verboten oder so erschwert würde, wie es nach Pappens Auslegung der Friedenspflicht zu erwarten ist, dann müßte die RGO als beweglichere nicht bürokratische Organisation die notwendigen Wirtschaftskämpfe führen. Dieser Einwand wird aber dadurch hinfällig, daß auch dazu die RGO nicht fähig ist infolge ihres Mangels an geeigneten Funktionären und ihres Mangels an Einfluß auf die gewerkschaftlichen Massen. Innerhalb der freien Gewerkschaften dagegen können die jetzt isolierten Kräfte der RGO mithelfen bei den Kämpfen, die von den Mitgliedern — trotz „Friedenspflicht“ der Organisation — noch geführt werden können und müssen.

Ein Genosse machte einen anderen Vorschlag für eine Einheitsfrontaktion:

Das von der SP eingeleitete Volksbegehren gegen den 2. Teil der Pappenschen Notverordnung sollte von der KP und allen anderen linken Organisationen aufgegriffen und — gerade angesichts des Widerstandes der Regierung — umso energischer propagiert werden. Nicht in der Hoffnung, durch dies demokratische Mittel die Notverordnung erledigen zu können, sondern um möglichst viele Arbeiter in

eine gemeinsame Front gegen die Regierung zu bringen. Gegen eine solche Aktion spricht vor allem, daß die KP sich sehr schwer zu einer Beteiligung bewegen lassen wird, vor allem weil die Aktion von der SP ausging und also das leidige „Partei Prestige“ ihr dies verbietet: Ueberdies scheint auch die SP zur Zeit kein allzu großes Gewicht auf dies Volksbegehren mehr zu legen, und ob gerade jetzt, vor den Reichstagswahlen, eine zweite parlamentarische Aktion in Gang zu bringen ist, erscheint recht fraglich. Immerhin bleibt es richtig, daß wir nach Gelegenheiten suchen müssen, um neben den Betriebs- und Gewerkschaftskämpfen auch an der politischen Einheitsfront zu arbeiten, wie der ISK es z. B. durch das

„Volksbegehren der Arbeiter“ an den ADGB zur Aufstellung gemeinsamer Listen vor den vorigen Reichstagswahlen getan hat. Zur Vorbereitung all' solcher Aktionen kann jeder von

So geht es nicht! Redakteure als Saboteure?

W. F. Die Kölner Ortsgruppe der Deutschen Liga für Menschenrechte veranstaltete am Montag eine gut besuchte Versammlung über das Thema „Menschenrechte und Reichstagswahlen“.

Wer für die Menschenrechte kämpft, den interessiert heute am meisten die Frage: Wie können wir den Kampf für die Erhaltung der noch verbliebenen Menschenrechte führen? Wird es gelingen, endlich die einheitliche Abwehrfront aller Arbeiterorganisationen gegen die Rechtsbrecher zustandezubringen? Fast sah es so aus: Der Redner schilderte den Vormarsch der Reaktion, ohne die Sünden einer linken Partei an den Pranger zu stellen. — Eine schwierige Aufgabe, wenn man objektiv sein will!

Wählt links!

Aber die Ansätze einer Einheitsfront waren zu gut, als daß es sich die Redakteure der KP- und SP-Presse verkneifen konnten, diese Ansätze zu zertrampeln. Einzelheiten ihrer Diskussionsreden erübrigen sich. Es genügt, zu sagen, daß die eine Seite Hermann Müller als den Lakaien des Finanzkapitals „entlarvte“, während man auf der anderen Seite den Kommunisten ihre „Nazi-Methoden“ vorwarf. Auf diese Weise gelang es tatsächlich, die bis dahin einheitliche Stimmung zu zerstören. Die Lehre daraus ist für diesen Fall eindeutig:

Die Saboteure der linken Einheitsfront sitzen in den Redaktionsstuben der KP- und SP-Presse.

Wenn der Wahlkampf auf diese Weise weitergeführt wird, dann wird nicht nur das Gelingen der Einheitsfront nahezu unmöglich gemacht, sondern auch die Partei der Nichtwähler wird ins Ungemessene wachsen. Das aber ist's, worauf Herr von Pappens spekuliert.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin-Südost: Mittwoch, den 19. Oktober, Berliner Clubhaus, Ohmstraße 2. Thema: Die Kriegsgefahr wächst! Gegen den Rüstungswahnsinn! Redner: Julius Philippson.

Freie Aussprache! Eintritt freil

Wirtschaftspolitische Aussprache.

Berlin: Donnerstag, 20. Oktober, 20 Uhr, im Berliner Clubhaus, Ohmstr. 2. Thema: „Preisabbau und Krise.“ Leitung der Aussprache: Hellmut Rauschenplat. Unkostenbeitrag: 80 Pfennig. Für Erwerbslose freil

uns ständig etwas tun. Alle Genossen hatten erkannt, daß der

Parteien-Egoismus und die Verhetzung der Arbeiter gegen einander Haupthindernisse der Einheitsfront sind. An ihrer Beseitigung arbeitet vor allem der „Funke“, — das erkannten alle an, ganz gleich, ob sie dem ISK im übrigen in allen Punkten zustimmen.

Agitation für den „Funken“ kann jeder in der einen oder anderen Form leisten.

Ein Kommunist meinte: Jeder „Arbeiterkorrespondent“ sollte den „Funken“ in die Hand gedrückt bekommen, damit er sieht, wie sachliche Berichterstattung aussieht! Die ISK-Genossen wiesen darauf hin, daß die Schulung und Erziehung im ISK unsere Genossen erst zur Mitarbeit am „Funken“ fähig gemacht hat; auch die sachlichen Berichtersteller fallen keineswegs vom Himmel! Und so wurde an diesem Beispiel klar, welche Bedeutung die

Aufbauarbeit des ISK auch für die Schaffung der Einheitsfront hat.

Die Teilnehmer an dieser Aussprache gingen auseinander mit dem Gefühl einer Verbundenheit zur Arbeit am gemeinsamen Ziel; solche Aussprachen in kleinerem Kreis, aber mit Genossen aller Richtungen, sollten wir öfter herbeiführen, denn von ihnen kann Kraft ausgehen zu der schweren Arbeit an der Verwirklichung der Einheitsfront.

Einheitsfront beim Streik.

J. W. In der Ryhope-Grube in Durham ist ein Streik ausgebrochen, weil die Unternehmer bei Einstellungen von Arbeitern stets jüngere und starko Arbeiter auswählen, und daher den anderen die Möglichkeit nehmen, Arbeit zu bekommen.

Der Führer der Ortsgruppe des Bergarbeiterverbandes ist Lumley, ein Kommunist. Er hat an alle Bergarbeitergruppen in Nordengland ein Rundschreiben gerichtet, in dem er sie auffordert, den Streik finanziell zu unterstützen. In der bürgerlichen Presse wird behauptet, daß der Streik überhaupt Vertragsbruch sei und von dem Verband gar nicht unterstützt werden dürfe und daß auch der Vorstand des Bergarbeiterverbandes von Durham die Beendigung des Streiks verlangt hätte. Ob dies stimmt, ist nicht bekannt. Jedenfalls sind in Ryhope bisher noch keine Anzeichen dafür vorhanden, daß die Arbeiter in die Grube zurückkehren.

Zur Stärkung der Kampfkraft der Arbeiter trägt sehr die Tatsache bei, daß die Frauen der Bergleute mit im Streikkomitee sind. Um sie mit am Streik zu beteiligen, ist eine besondere Versammlung einberufen worden. Die Frauen haben sich bereit erklärt, Küchen zur Speisung der Streikenden einzurichten. Sie haben sich auch dafür eingesetzt, Streikbrecher an der Arbeit zu hindern.

Hier stehen also Kommunisten, Parteilose und solche, die mit der Labour Party sympathisieren, Männer und Frauen, geeint gegen die Unternehmer.

Ueber Möglichkeiten einer proletarischen Einheitsfront

in Zwickau sprachen Redner der SAP, der KPO und des ISK in einer gemeinsamen Versammlung. Leider war das Ergebnis dieses Einigungsversuches noch unbefriedigend. Der Redner der KPO konnte es sich entgegen den vorherigen Abmachungen und trotz aller Zwischenrufe nicht verkneifen, rückwärts zu blicken, statt vorwärts zu stoßen, und befaßte sich eingehender mit den nach seiner Auffassung von der SP und von der KP gemachten Fehlern. Dieser Vorfall zeigt auf neue, wie besonders sorgfältig solche gemeinsamen Versammlungen vorbereitet werden müssen, um solche Entgleisungen mit Sicherheit auszuschließen. Außerdem muß mehr Nachdruck auf praktische Vorschläge für einheitliche Aktionen gelegt werden, dann wird mancher Arbeiter mitmachen, der heute noch resigniert beiseite steht.

BRUNO GLUCHOWSKI
BOHLEN-KULIS
REVOLTE AN DER RUHR
COPYRIGHT 1932 BY FACHVERLEGER-VERLAG G.M.B.H., BERLIN W 18

„Schlag — Achtung“, hat er heute mittag auf der Signalwache am Bremsberg gelesen. Wer soll achten? Damit kann er doch nur gemeint sein.

Er klopft seine Lampe an, ergreift einen handgroßen Stein, schlägt damit kräftig gegen das Rohr. Schon beim zweiten Schlag zerbricht der Stein in seiner Hand. Verdammst nochmal, so ein Mist, flucht er vor sich hin. Er entsinnt sich, weiter vor Ort ein Stück Rohr liegen gesehen zu haben, läuft hin und holt es. Nun schlägt er mit voller Wucht. Hei, wie das dröhnt, Eisen gegen Eisen. Er horcht.

Wieder dasselbe, das Achtungszeichen.

Ist das nun die Antwort auf sein Trommeln oder nur die Wiederholung der vorhergehenden Signale?

Mit aller Kraft schlägt er wieder gegen das Rohr, gibt aber sieben Schläge als Endsignal.

Er horcht, seine Erregung steigt aufs höchste.

Da, ein Trommelfeuer von Schlägen, und zum Schluß: Ting — ting — ting — ting — ting — ting. Sieben Einzelschläge, sein Endsignal.

Nun hat er die Gewißheit, daß sie ihn auf der anderen Seite verstanden haben, daß ihm Rettung winkt. Im Uebermaß der Freude läuft er hin und her, räumt Steine zur Seite, ohne daran zu denken, daß diese Arbeit unnütz ist und an seiner augenblicklichen Lage nichts ändern kann. Aber er muß etwas tun, kann nicht sitzenbleiben, wo er doch jetzt begradigt ist, zur Rückkehr ins Leben bestimmt. Seine Unrast wird immer größer, er überlegt, wie er sich noch besser mit den Leuten auf der anderen Seite des Bruches verständigen kann. Ein Gedanke durchzuckt ihn: Morsezeichen, wenn man es damit einmal versucht. Punkte und Striche, aus denen das Morsealphabet besteht, kann man doch leicht durch Klopf-

zeichen ersetzen, indem man längere oder kürzere Pausen zwischen die einzelnen Schläge legt.

So schnell ihm der Gedanke gekommen ist, so schnell macht er sich an seine Ausführung.

..... r e t t e t m i c h r e t t e t

..... m i c h

rettet mich, rettet mich so morst er.

Den Atem anhaltend, zwingt er seine Erregung nieder.

Jetzt ruhig sein, nur ruhig sein, ruhig — — — — —

Lange, nervenzermürbende Pausen.

Dann Klopfzeichen: Achtung!

Und jetzt?

Morsezeichen.

Er springt auf, buchstabiert vor sich hin: verstanden, arbeiten dir entgegen, geduld, hans döring.

Sie haben ihn verstanden. Gott sei Dank. Aber Hans Döring, sein Freund, wie kommt er denn jetzt hierher? Das Revier, in dem er arbeitet, liegt doch in ganz entgegengesetzter Richtung. Ach, jetzt nicht denken, nicht denken. Es ist ja so gleichgültig, wo er herkommt. Nur freuen, sich freuen, daß man gerettet wird. Hans ist da. Das gibt ein Gefühl der Beruhigung, der Sicherheit.

Die auf der Gegenseite sind nicht schlecht erstaunt, als es sich durch die Klopf- und Morsezeichen herausstellt, daß der vermeintliche Tote noch lebt. Hans Döring hat den Anlaß zu neuerlichem Klopfen gegeben, und er ist es auch, der die Morsezeichen übersetzt und die Antwort gesandt hat. Froide bemächtigt sich der ganzen Rettungsmannschaft. Einen Lebenden zu retten, ist ganz etwas anderes als einen Toten zu bergen.

„Wo haben Sie das Telegraphieren gelernt?“ fragt Steiger Hans Döring.

„Wir waren beide im Felde und haben an einem Funkerkursus teilgenommen.“

„Donnerwetter, das müßte eigentlich jeder Kumpel lernen, damit man sich im Notfall besser verständigen kann.“

Die Rettungsarbeiten werden wieder in Angriff genommen, Hans arbeitet mit Andrees zusammen. Wie die

Wilden schufteten die beiden, der alte Grankopf und der junge Blonde. Keiner will sich Ermüdung anmerken lassen, diese Wühlerlei ist ihnen eine Ehrenangelegenheit. Ein Steinwagen nach dem anderen wird geladen und weggeschoben. Schalhälzer und dünne Stempel, die unter die Firste gezogen werden, sichern die Arbeitenden vor herabfallenden Steinen. Dicke Stempel und Kappen werden gesetzt, Steine darauf getürmt, damit die Hölzer besseren Halt haben. Der Schlepper ist mit einem großen Handkorb voll Kaffeeflaschen und Butterbrotpaketen aus dem Ledigenheim zurückgekehrt, der Steiger verteilt den Proviant. Auf die Meldung hin ist der Betriebsführer in später Abendstunde eingefahren, um die Rettungsarbeiten persönlich zu leiten.

Gegen zwei Uhr nachts werden wieder Morse signale hörbar, die Döring daraufhin übersetzt, daß der Verschüttete furchtbaren Durst leide. Diese Nachricht hat eine Beratung zwischen Betriebsführer und Steiger zur Folge, als deren Ergebnis man darangeht, mehrere Luftrohre aneinander zu schrauben. Es wird ein einziges von 10 Meter Länge daraus. Döring und der alte Andrees klettern auf den Steinhäufen, räumen die obersten Brocken hinweg. Ueber sich erblicken sie ein riesiges Loch, an fünf Meter hoch ist das Hangende ausgeschlagen. Nach der anderen Seite hin ist keine Öffnung und kein Lichtschein zu sehen. Das lange, ungefüge Rohr wird herangeschleppt und über die Steine geschoben, bis es Widerstand findet. Die Kumpels packen nun fest an, der Steiger kommandiert: Hau ruck, hau ruck.

Zwölf Mann stoßen es wie einen Rammbock in den Steinwall auf der anderen Seite.

Von brennendem Durst gepeinigt, lehnt Günther ermattet am Stoß. Wenn sie doch bald kämen, ihm den Weg zur Freiheit öffneten. Dies untätige Warten, die hin und her pendelnden Gedanken, mal hoffnungsfroh, mal tief verzweifelt, es macht einen halb verrückt. Plötzlich hört er hoch oben in dem Steinhäufen ein Geräusch. Ein Kratzen, ein Schieben, ein Stoßen. Kleine Steine rollen herab. In der Meinung, das Gebirge fange wieder an zu arbeiten, springt er zurück. Aber es passiert weiter nichts, immer ist dasselbe Geräusch zu hören.

(Fortsetzung folgt.)

Zur Gewerkschaftskundgebung.

Keine Rückfälle in alte Schwächen! Gewerkschafter, stützt Euren Führern den Rücken!

R. H. Noch ist der günstige Eindruck des Leipart-Briefes vom 13. September nicht verwischt, in dem die Freien Gewerkschaften der Reaktion in klarer und scharfer Form den Kampf ansagten und von einem „Wendepunkt der deutschen Geschichte“ sprachen, als am 18. Oktober eine Kundgebung der Spitzenverbände dem neu erwachten Kampfegeist der Kollegen und der Zuversicht auf eine entschiedene Aenderung der bisherigen lendenlahmen Taktik der Gewerkschaften einen bösen Dämpfer aufsetzt.

Gerade wenn man sich der Bedeutung der Freien Gewerkschaften als wichtigster organisierter Basis einer wirklichen Einheitsfront bewußt ist, muß man das Ergebnis der Gewerkschaftskundgebung vom Dienstag einer scharfen Kritik unterziehen.

Schon die Art der Einberufung der Versammlung ist mehr als merkwürdig: unseres Wissens wurden in keiner Gewerkschaftszeitung die Mitglieder eingeladen; dagegen war die Reichsregierung zur Teilnahme aufgefordert worden und hatte einen Vertreter des Reichsarbeitsministers entsandt. Man setzte sich also mit denselben Personen an einen Tisch, die Leipart in seinem Brief als Gegner der Arbeiterschaft und der Gewerkschaften bezeichnet hatte, mit denen eine sachliche Mitarbeit unmöglich sei. Auch die Einladung Otto Wels' als einzigen Vertreters einer Partei war eine Ungehörigkeit.

Der fast völlige Ausschluß der Mitgliedschaft und der Arbeiterschaft war dem angegebenen Zweck der Kundgebung, „der Öffentlichkeit die Auffassung der Freien Gewerkschaften zum Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung darzulegen“, entgegengerichtet.

Die Einleitungsrede Theodor Leiparts war eine Enttäuschung. Nichts als Rückzug. Leipart bescheinigt den Maßnahmen dieser Regierung geradezu ihre Berechtigung, wenn er über die Praxis des Artikels 48 sagt, in Krisenzeiten könne manche politische Maßnahme als erlaubt betrachtet werden, die zu normalen Zeiten nicht zu billigen wäre. Völlig überflüssig war die Verteidigung gegen die Vorwürfe, die den Gewerkschaften das „Nationalgefühl“ absprechen. Ebenso abwegig ist es für einen Gewerkschaftsführer, einer Junker-Regierung ihre Pflicht einzuschärfen, die „aufbauwilligen Kräfte“ zusammenzufassen und keinen Keil in das deutsche Volk zu treiben.

Auch Fritz Tarnow blies in dasselbe Horn wie sein Vorredner. Wie ganz anders klingt es, wenn Tarnow sagt, ein Mißlingen des Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung müsse die Gewerkschaften „mit tiefer Trauer und Bitterkeit darüber erfüllen, daß ein großer Aufwand nutzlos veran“ worden wäre, als die Wendung im Briefe Leiparts vom 13. September: „Mißlingen die Wirtschaftspläne der Reichsregierung, so ist die kapitalistische Wirtschaft erledigt.“ Ferner vergleiche man mit den scharfen Angriffen Leiparts gegen „die Papen-Regierung in seinem Briefe die zahme Mahnung Tarnows an die Regierung, die Gewerkschaften ja nicht schachtmatt zu setzen, da das nur die Wirkung hätte, daß der Abwehrkampf

„auf anderen Boden abgedrängt würde und in Formen, die der Regierung und den Unternehmern noch viel weniger Freude bereiten würden als der geordnete Gewerkschaftskampf“.

Unsere volle Zustimmung können dagegen Tarnows Ausführungen über die Wirtschaftskrise und ihre Ursache finden, wenn er erklärt, an Produktionsmitteln sei Deutschland so übersättigt, daß ein Neubedarf auf absehbare Zeit nicht vorhanden sei. Heute käme es darauf an, den Konsum zu pflegen. Die Gewerkschaften seien in bezug auf den Erfolg des Regierungsplanes nicht so hoffnungsfroh gestimmt wie die Reichsregierung. Leidenschaftlich müsse protestiert werden gegen den Teil des Planes, der mit unerträglicher Härte in den Lebensstandard der Arbeiterschaft und ihre sozialen Rechte eingreift. Die Unsinnigkeit der Lohnsenkungsvorschriften sei schon jetzt deutlich geworden. Das „verständnisvolle Zusammenwirken“ zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestände meist darin, daß die Notverordnung nicht angewendet würde. Da wäre es

Die Hugenberg-Presse zur Gewerkschaftskundgebung.

Unter der Überschrift: „Nichts gelernt...“ bringt die Hugenbergsche „Volkswirtschaftliche Correspondenz“ eine Stellungnahme, in der in demagogischer Weise gegen die Freien Gewerkschaften gehetzt wird. Es wird so getan, als ob die Hugenberg-Leute sich jemals für die Interessen der Arbeiterschaft eingesetzt und gegen Lohnsenkung gekämpft hätten, wobei ihnen nur die Gewerkschaften Schwierigkeiten gemacht hätten. Immerhin ist es für die Gewerkschaften sehr peinlich, daß sie sich von Hugenberg-Journalisten, wenn auch in durchaus demagogischer Absicht, vorwerfen lassen müssen, die Lohnsenkung sei „nicht ohne Hilfe und Unterstützung der Freien Gewerkschaften möglich gewesen“; oder wenn ihnen die Frage vorgelegt werden kann: „Wo war denn der Widerstand der Gewerkschaftsbürokratie... insbesondere gegen die gewaltsame Senkung aller Löhne und Gehälter im Dezember 1931?“ So wenig es Hugenberg ansteht, den Unschuldigen oder gar den Arbeiterfreund zu spielen, so ist es den Freien Gewerkschaften leider unmöglich, unter Hinweis auf einfache Tatsachen die gebührende Antwort zu erteilen. Der in der Frage erhaltene Vorwurf ist an sich leider berechtigt, wenn sich auch inzwischen manches gebessert hat, wie die zahlreichen und noch immer zunehmenden Streiks gegen den neuen Lohnraub durch Notverordnung zeigen.

Ebenso sollten die Gewerkschaften dafür sorgen, daß man ihnen nie mehr vorwerfen kann, sie hätten die sozialen Interessen der Arbeitnehmer einfach prelsgegeben, „um dafür die politische Machtstellung der Sozialdemokratie einzutauschen“! In der Tat: die Freien Gewerkschaften sollten aus derartigen Angriffen von dieser Seite wirklich etwas lernen, dann würde allen Hugenbergen der treche Zynismus bald vorgehen.

doch am besten, die Verordnung einfach zurückzuziehen. Der Wirtschaftsplan bestrafe den sozialdenkenden Unternehmer und prämiere die antisoziale Unternehmerbrutalität. Der Redner wandte sich schließlich noch gegen die Handelspolitik der Reichsregierung und forderte die Regierung auf (!), ihren Wirtschaftsplan von den offenkundigen antisozialen Fehlkonstruktionen zu bereinigen.

In ähnlicher Weise wandte sich Clemens Nörpel gegen die tiefgehenden Eingriffe der Reichsregierung in die rechtliche Stellung der Arbeiterschaft im Staate, in das Tarif- und Arbeitsvertragsrecht. Nörpel betonte ausdrücklich, daß es gegenüber nicht dem Tarifinhalt entsprechenden Abmachungen keine Friedenspflicht geben könne.

Lahn wie die ganze Aktion ist die Entschliebung: ... Die Regierung nutzt zugleich ihre Machtstellung dazu aus, um die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften zu lähmen.

Streik bei Stuebgen teilweise abgebrochen.

Facharbeiter streiken noch.

Der Streik bei der Lampenfabrik Stuebgen & Co. (Erfurt) ist im Abflauen begriffen, ohne bisher für die Arbeiterschaft einen Erfolg gehabt zu haben. Von der Belegschaft von etwa 175 Personen arbeiten heute wieder rund 140.

Zum Verständnis der Lage der Arbeiterschaft bei dieser Firma gebe ich nachstehend einige Anhaltspunkte. Die Firma Stuebgen stellt in der Hauptsache Sturmlaternen her. Der Betrieb besteht aus zwei Abteilungen. Aus der Schlosserei, in welcher etwa 30 Spezialarbeiter beschäftigt werden, welche die Werkzeuge für die Laternenfabrikation nötigen Maschinen herstellen, und aus der Laternenfabrik, in welcher etwa 140 meist ungelernete, billige Kräfte, vielfach fast junge Mädchen, beschäftigt werden, da die Maschinen fast selbsttätig die Laternenteile herstellen und zusammensetzen. Die Arbeiter der

Schlosserei sind fast sämtlich im DMV organisiert, während in der Laternenabteilung nur 30 bis 35 Prozent organisiert sind. Der Streikbeschluss, der vor drei Wochen gefaßt wurde, kam mit großer Mehrheit für den Streik zustande, auch die Unorganisierten stimmten für Streik. Als jedoch die Firma Stuebgen dazu übergang, für die Laternenfabrik Leute von der Straße weg einzustellen und auch von Organisationen wie dem „Stahlhelm“ Arbeitskräfte erhielt, stellten sich im Laufe der vergangenen Woche täglich immer mehr Unorganisierte wieder zur Verfügung, so daß der DMV sich genötigt sah,

für die Laternenabteilung den Streik abzubrechen. Den dort Beschäftigten wird auf Grund der Papenschen Notverordnung der Lohn gekürzt, 12 Arbeiter sind außerdem nicht wieder eingestellt worden.

Es streiken jetzt nur noch die Werkzeugschlosser. Sie hoffen, für sich den Streik zu einem guten Ende zu führen, gestützt auf ihr gutes Organisationsverhältnis, gestützt auf ihre Spezialkenntnisse. Sie sind nicht so schnell zu ersetzen, da sich Streikbrecher von der Straße weg für sie nicht auftreiben lassen. Die Firma Stuebgen hält den Werkzeugbau notdürftig aufrecht mit ihren Ingenieuren und Meistern. Die Gewerkschaft darf zwar den Streik nach der gegen sie erwirkten vorläufigen Verfügung nicht unterstützen. Die Solidarität der Arbeiter ist jedoch dadurch nicht beeinträchtigt worden, und so wurden Mittel und Wege ge-

Die Verordnungen vom 5. September und 3. Oktober sind für die Arbeiterschaft unerträglich. Die erzwungene Lohnsenkung steht im Widerspruch zu den Erklärungen des Reichspräsidenten, wonach „der Lebensstandard der Arbeiterschaft gesichert und der soziale Gedanke gewahrt“ bleiben soll. Die Gewerkschaften fordern daher von der Reichsregierung, die Verordnungen vom 5. September und 3. Oktober aufzuheben.

Durch die krasse Ungerechtigkeit der Regierungsmaßnahmen ist bereits eine tiefe Erbitterung und Entrüstung ins Volk getragen. ...

Die Gewerkschaften sind sich bewußt, daß der Kampf um die Rechte der Arbeiterschaft zugleich der ganzen deutschen Wirtschaft dient. ...

Man kann die Krisis nicht dadurch überwinden, daß man den Arbeitswillen lähmt und sich nur auf die Initiative der Unternehmer verläßt, sondern allein mit dem Einsatz aller verfügbaren Mittel durch die öffentliche Hand.

Darüber hinaus fordern die Gewerkschaften die Abkehr von überlebten Wirtschaftsformen und die Einleitung einer Neuorganisation der Wirtschaft mit dem Ziele planmäßiger Wirtschaftsführung.

funden, um den streikenden Genossen andere Unterstützungen zukommen zu lassen. Interessant an der vorläufigen Verfügung ist noch, daß der Gau-Sekretär des DMV zu einem Schadenersatz von 100.000 Mark verurteilt ist. 25.000 Mark sind für vollstreckbar erklärt worden; vollstreckt worden ist allerdings bei dem Gau-Sekretär des DMV noch nicht. Die Berufung läuft noch.

Neue Streikwelle!

Teilstreik in der Braunschweiger Jute-Industrie. Die Direktion hatte der Belegschaft von 600 Mann einen Lohnabbau von 27 bis 30 Prozent für die 31. bis 40. Wochenstunde und eine gleichzeitige Herabsetzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden angekündigt. Daraufhin übten die Arbeiter zunächst passive Resistenz, die Situation verschärfte sich aber derart, daß am 18. Oktober ein Teilstreik ausbrach.

800 Schuharbeiter im Streik. Die Belegschaft der größten Tuttlinger Schuhfabrik Rieker trat am 14. Oktober in den Ausstand gegen Notverordnungslohnraub.

Solidaritätsstreik. Die Arbeiter in dem Textilbetrieb Roscher in Georgswalde in Sachsen haben sich mit der Belegschaft des streikenden Schwesterbetriebs in Neu-Gersdorf solidarisch erklärt und die Arbeit niedergelegt.

Streik gegen Notverordnungslohnraub in Chemnitz. Die Belegschaften der Strumpffärberei Jahn und der Teppichweberei Löwenthal traten in der Streik.

Streiks auf verschiedenen Baustellen. Am 15. Oktober traten die Bauarbeiter mehrerer Baustellen in Halle und Gotha gegen Lohnabbau auf Grund der Notverordnung in den Streik. Aus demselben Grunde streikten die Arbeiter der Firma Weidhaß und der Baufirmen Brömme und Peuser in Leipzig.

Passive Resistenz als Protest gegen Lohnabbau. Die Belegschaft der Konsumleischerer in Comenitz in Sachsen seit dem 14. Oktober. Ebenso steht die Belegschaft der Textilfabrik Emil Adolf A.-G. in Reutlingen in Württemberg in passiver Resistenz wegen eines zehnpromzentigen Lohnabbaus für die 31. bis 40. Wochenstunde.

Weiteres Umsichgreifen des Streiks in der Weserschiffahrt! Nunmehr haben sich auch die Schiffer der Bremer Schleppschiffahrtsgesellschaft den Streikenden angeschlossen.

Streikbrecher für die Bayerischen Motorenwerke? Die Betriebsleitung versucht in Berlin Erwerbslose als Streikbrecher anzuwerben. Es gilt also für die erwerbslosen Kollegen, auf der Hut zu sein und Solidarität zu üben!

Erstklassige Maßarbeit
Herren - Anzüge
Damen - Mäntel
Tadelloser Sitz
Schönheit
MADEBURG
Johannisbergstr. 10, III
Stoffmuster
vorrätig.

Das Haus der guten Schuhe
H. Ebel
Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98
Telefon: D 6 Wedding 2358
Bel Vorzule d Inserates 5/10 Rabatt!
Anfertigung eleganter
Damengarderobe
und
Reformkleidung
J. Fürchtenicht
Göttingen, Nikolausbergstr. 67

Freunde
und Leser des
„Funken“!
Unterstützt
Eure
Zeitung!
Werbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Bevorzugt bei Einkäufen
insere Inseraten!



POLITISCH
WIRD DER MENSCH
GESCHEITER
DURCH BÜCHER MIT
DEM FACKELREITER
Lassen Sie sich bald einmal den reichillustrierten Katalog
kostenlos schicken vom
FACKELREITER-VERLAG, BERLIN W 15

Oberhemdenstoffe,
Tricoline, Flanelle, Oxfords
günstige Posten Macoutuch
kauft man gut und billig bei
Kurt Levy,
Berlin O 112, Scharnweberstr. 16/17

Maßarbeit erstklassig
und billig
Herren-Anzüge / Mäntel / Damen-Kostüme
Aufbügeln und Reparaturen
ALFRED ARENSBERG
Berlin - Reinickendorf - Ost
Hinter der Dori-Aue 14

BERLIN
KAMERA
Unter den Linden 14 - A1 Jäger 2987
/ b 15. Oktober: René Clair:
Es lebe die Freiheit
Ein französischer Tonfilm mit Ideen, Geist
und Witz, voll Spannung, Tempo, Humor.
Beiprogramm:
Exotische Wunder-Vogelwelt / Mickey-Silly, ein
Mittersächtsappuk / Fox tönende Wochenschau.
Anfangszeiten: 17. 19 und 21 Uhr

Krieg den imperialistischen Kriegen!

Vox clamantis.
Betrachtungen über den Krieg und anderes
von Ku Hung-ming.
107 Seiten. Broschiert 1,20 Mark.

Inhalts-Übersicht: Die christlichen Kirchen und der Krieg. — Die moderne Erziehung und der Krieg. — Die modernen Zeitungen und der Krieg. — Japans Rechtfertigung. — Ehre oder Interessen? — Amerikanische Mentalität. — Stunden mit Konfuzius. — Und anderes.

Zu vielen Fragen, die für einen sozialistischen Kriegsgegner wichtig sind, findet man eine Antwort in diesem Buch des chinesischen Gelehrten und guten Europa-Kenners.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a.
Postscheckkonto: Berlin 31342.

Liga für Mutterschutz darf auch nicht über Kulturreaktion reden.

SPD-Regierungspräsident empfiehlt sich als Mucker.

M. H. Zu dem Thema „Kulturreaktion im Vormarsch“ hatte am Montag die Ortsgruppe Moers (Niederrhein) der Liga für Mutterschutz eine öffentliche Versammlung einberufen, in der Maria Hodann sprechen sollte. Die Polizei hatte die Versammlung, sowie die dazu ausgegebenen Flugblätter genehmigt. Es war eine sehr roge Propaganda in Moers und den umliegenden Industrieorten gemacht worden; KP- sowie SP-Presse forderten zum Besuch auf; man rechnete mit einem Massen-Besuch. Dies scheint den reaktionären Kreisen nicht gefallen zu haben, die in Moers vor allem aus Nazis und Katholiken bestehen. Zudem sollte am gleichen Abend in einer Versammlung des katholischen Arbeitervereins der Pater Muckermann sprechen. Vielleicht war zu befürchten, daß von seinen Schäflein sich eins oder das andere in die Liga für Mutterschutz verirren könnte? Jedenfalls wurde plötzlich am Sonnabend nachmittag der Liga durch die Polizei mitgeteilt, daß die Versammlung verboten sei. Begründung? „Folgt später!“ Das alles geschah 5 Minuten bevor sämtliche Behörden ins „Wochenende“ gingen, damit zur Beschwärde keine Möglichkeit bleibe! Am Montag wurde die schriftliche Begründung gleichfalls noch verweigert, aber mündlich als Grund des Verbots angegeben: „Wegen Gefährdung der Sittlichkeit!“ Wodurch diese gefährdet sein sollte — das Thema ja gewiß nicht „anstößig“ war — wurde nicht gesagt. Es wurde nur hinzugefügt, daß auch in Neuß die Versammlung, in der Maria Hodann (über das ungewollte Kind — also ein anderes Thema!) sprechen sollte, verboten gewesen sei; deswegen habe die Regierung in Düsseldorf auch diese Versammlung verboten. Es sieht ganz so aus, als ob gerade der sozialdemokratische Düsseldorf-Regierungspräsident sich bei der Kulturreaktion besonders beliebt machen will; in den anderen Regierungsbezirken, wo bürgerliche Regierungspräsidenten amtierten, wurde keine derartige Versammlung verboten. Genau wie vor zwei Tagen in Neuß, wüßte der „Funke“ berichtet hat — drohte nun auch hier die Polizei, sogar eine *Mitgliederversammlung* mit allen Mitteln zu verhindern. Auch in Moers ließen die Mitglieder der Liga sich aber nicht durch diese völlig willkürlichen Drohungen einschüchtern, sondern kamen in einem anderen Lokal zusammen, nachdem von den zahlreich erschienenen Versammlungsbesuchern sich etwa 25 neu als Mitglieder hatten aufnehmen lassen. Diesen Erfolg hatte die Liga der Empörung über die Willkür der Polizei zu danken. Es war von dieser gewiß nicht beabsichtigt! Die Polizei wagte denn auch nicht, die sehr gut besuchte Mitgliederversammlung zu stören. Das Thema „Vormarsch der Kulturreaktion“ hatte durch diese Vorkommnisse eine besonders aktuelle Bedeutung bekommen; die Rede Maria Hodanns über den *Faschismus und den Klerikalismus als Schrittmacher der Kulturreaktion* fand daher großes Interesse und löste eine lebhaftige Diskussion aus, die bis nach Mitternacht dauerte. Die Liga für Mutterschutz wird alle gesetzlich möglichen Schritte unternehmen, um gegen diese unhaltbaren Verbote vorzugehen. Wieviel sie dabei erreicht, ist in einem Staat, der nach allen Erfahrungen so oft Macht vor Recht gehen läßt, allerdings unsicher. Um so mehr Anlaß haben alle Kämpfer gegen Kulturreaktion, ihre Anstrengungen zu verdoppeln, damit ihr Kampf vorwärtsgetrieben wird trotz „Haß und Verbot“.

Ein Fehlschuß, der richtig traf.

Der englische Vizekonsul Sigurdsson, der mit einigen englischen Marineoffizieren in der Nähe von Ryckjavik auf die Jagd ging, ist dabei durch einen Fehlschuß getötet worden.

Derartige „Fehlschüsse“ haben den Vorteil, daß sie den Mörder treffen, anstatt der unschuldig zum Tode verurteilten Tiere. Darüber hinaus retten sie vielleicht einigen dieser Tiere dadurch das Leben, daß manche Jäger den „edlen Sport“ des Jagens aufgeben werden, aus Angst, daß ihnen auch einmal solch ein „Fehlschuß“ losgeht!

Neuer Wirtschaftsskandal? Betrug und Steuerhinterziehung.

Gegen den ehemaligen Direktor der „Nordsee“, Deutsche Hochseefischerei Bremen-Cuxhaven A.-G., Wriedt, der im vergangenen Jahr plötzlich sein Amt als Vorstand der Gesellschaft niederlegte und in die Schweiz abreiste, verdichten sich immer mehr die Beschuldigungen, daß er den Staat um mehr als eine Million Mark Steuern geprellt und durch Verschiebung in die Schweiz dem Zugriff der deutschen Steuerbehörde entzogen hat. Folgende Tatsachen sollen diesen Anschuldigungen zugrunde liegen, die zeigen, in welcher raffinierter Weise sonst äußerst national sich gebärdende „Wirtschaftsführer“ den deutschen Staat zu ihrer persönlichen Bereicherung betrügen:

Von dem im Jahre 1928 8 Millionen Mark betragenden Aktienkapital der „Nordsee“ besaß Wriedt etwa 51 Prozent, also ungefähr 4 Millionen Mark. Diese 4 Millionen Mark sind s. Zt. an ein Bankenkonsortium zum Kurse von 225 Prozent verkauft worden. Der Erlös betrug also rund 9 Millionen Mark. Es wird behauptet, daß Wriedt, um sich der Steuerpflicht bei diesem Geschäft zu entziehen, folgenden Weg einschlug: Er gründete durch Mittelsmänner in der Schweiz eine Gesellschaft mit dem Namen Gesiha. An diese Gesellschaft verkaufte er sein Aktienpaket, und zwar zu einem Kurse von 145 Prozent; die Gesiha verkaufte dann die Aktien an das deutsche Bankenkonsortium zum Kurse von 225 Prozent. Wriedt — als Inhaber der Gesiha — hätte demnach einen Kursgewinn von 80 Prozent des Nennwertes, also rund 3,2 Millionen Mark, in die Tasche gesteckt. Diese Summe hat er dadurch, daß er sie in der Schweiz behielt, dem Zugriff der deutschen Steuerbehörde entzogen.

Gegen Wriedt liegen außerdem Anzeigen wegen Betruges und Urkundenfälschung vor, begangen während seiner Tätigkeit als Generaldirektor der „Nordsee“. Im Zusammenhang mit diesen Anschuldigungen werden augenblicklich die Bilanzen der „Nordsee“ einer Nachprüfung durch eine Revisionsgesellschaft unterzogen. Finden diese Verdachtsmomente gegen Wriedt ihre Bestätigung, hätte die Staatsanwaltschaft die Möglichkeit, die Auslieferung von Wriedt zu verlangen. Hoffentlich macht sie von diesem Recht Gebrauch, um dann auch ein Steuerhinterziehungsverfahren gegen Wriedt einzuleiten. Wilhelm Heidorn.

Nazi-Terrorakte.

Im Anschluß an einen „Deutschen Abend“ verprügelten Nazis in Ketschendorf bei Fürstenwalde einige Reichswehrsoldaten und schlugen sie „siegreich“ in die Flucht.

Volkshaussturm abgewehrt. Berliner NS, die an dem Koburger Treffen teilnahmen, demonstrierten vor dem Volkshaus in Koburg und warfen einige Fensterscheiben ein. An dem gewaltsamen Eindringen in das Volkshaus hinderte sie die Polizei, wobei es auf beiden Seiten Verletzte gab.

In der Metzger Straße schossen Nationalsozialisten auf einige Jungarbeiter, trafen aber glücklicherweise niemand.

An der Ecke Gollnow- und Weinstraße überfielen demonstrierende Nazibanden einen Arbeiter. Die in kurzer Zeit mobilisierten Antifaschisten der umliegenden Straßen ließen es den feigen Angreifern geboten erscheinen, sich unter den Schutz der inzwischen herbeigeeilten Polizei zu stellen.

In der Schönhauser Allee wurden mehrere Sozialdemokraten von nationalsozialistischen Wegelagerern angefallen. Einer der Überfallenen trug eine schwere Kopfverletzung davon. Sechs Beteiligte wurden von der Polizei festgenommen.

Die Untersuchung über die Schießerei in Wien

ist abgeschlossen worden. Die Schießsachverständigen erklären, daß die Einschüsse im Nachbarhaus des Arbeiterheims, die also von Nationalsozialisten herkommen müßten, mit Bohrer- und Meißeln vermutlich schon vor dem Zwischenfall hergestellt worden seien!

6 Wochen zu spät!

Antikriegskongreß der II. Internationale?

In der Zeitschrift „La Vie Socialiste“ schlägt Renaudel vor, daß die II. Internationale einen großen Kongreß gegen Krieg und Kriegsgefahr veranstalte. Er gibt offen zu, daß dies geschehen solle, damit man den Vorwürfen derer entgegenzutreten könne, die neue Mittel zur Bekämpfung der Kriegsgefahr verlangen, und insbesondere, um der Jugend entgegenzukommen, die nach Taten ruft. Renaudel hat also offenbar Angst vor den Folgen des Amsterdamer Kongresses, der in der französischen Sektion der II. Internationale einigen Staub aufgewirbelt hat.

Die Fédération des Départements Seine der Sozialistischen Partei hat kürzlich auf ihrer Vertreterversammlung einen Vorschlag angenommen — und zwar auf Betreiben Longuets —

von der Parteileitung die Einberufung eines internationalen Antikriegskongresses zu fordern,

zu dem auch die Vertreter anderer Arbeiterorganisationen und insbesondere die linksradikalen Parteien eingeladen werden sollen.

Vor sechs Wochen hat in Amsterdam der von Henri Barbusse und Romain Rolland einberufene Antikriegskongreß stattgefunden, zu dem die II. Internationale ihr Erscheinen verweigerte. Nachdem sie diese ausgezeichnete Gelegenheit, die Einheitsfront gegen den Krieg herzustellen, sabotiert hat, wird es ihr schwer fallen, Sozialisten davon zu überzeugen, daß sie andere als demagogische Ziele damit verfolgt, wenn sie jetzt einen eigenen Kongreß gegen den Krieg einberuft. Angesichts der bisherigen Haltung der II. Internationale — einschließlich ihrer französischen Sektion — zum Amsterdamer Kongreß ist nicht damit zu rechnen, daß die III. Internationale auf dem jetzt geplanten Kongreß vertreten sein wird; vielleicht wird sie nicht einmal eingeladen. Wenn aber die proletarische Einheitsfront nicht hergestellt wird, dann dient die Einheitsfront mit dem linken Bürgertum, auf die die französischen Sozialisten es hier offenbar abgesehen haben, nur dazu, die Spaltung innerhalb der Arbeiterschaft noch zu verschärfen!

Bankrott der Stadt New York?

Die Stadt New York ist nicht in der Lage, am 1. November die Gehälter der städtischen Beamten und Angestellten auszuführen. Die New Yorker Bankiers haben es abgelehnt, der Stadt neue Kredite zu geben, solange die von ihnen geforderten Sparmaßnahmen nicht durchgeführt sind. Diese Sparmaßnahmen schließen drastische Gehaltskürzungen und Maßnahmen gegen die Unterstützung der Erwerbslosen ein. Da die Erwerbslosenfürsorge im kommenden Winter große Summen erfordern wird, ist noch gar nicht abzusehen, wie die Stadt vor dem Bankrott zu retten sein wird.

Stadt vor der Pleite!

Eine Sitzung des Stadtrates von Delmenhorst (Oldenburg) beschäftigte sich mit der Notlage der Stadt, die dadurch am deutlichsten zu Tage tritt, daß die Arbeitslosigkeit etwa 200 Prozent über dem Reichsdurchschnitt liegt.

Von den 5500 Erwerbslosen, die Delmenhorst am 1. Oktober hatte — auf 1000 Einwohner 222 (Reichsdurchschnitt 74) — erhalten Arbeitslosenunterstützung: 1148, Krisenunterstützung: 1787, Wohlfahrtsunterstützung: 1839, dafür müssen monatlich über 100 000 Mark von der Stadt aufgebracht werden.

Wenn der Staat nicht eingreift, wird Delmenhorst die Unterstützungszahlungen einstellen müssen.

Es wurde u. a. der Antrag angenommen, das Ministerium zu bitten, sich persönlich von der Not der Stadt zu überzeugen.

Polizeiautos und Gummiknüppel gegen Hungernde.

In London haben am Dienstag wieder große Erwerbslosendemonstrationen stattgefunden, an denen etwa 3000 Arbeitslose teilnahmen. Dabei versuchte die Polizei eine neue Abwehrmethode:

Mit ziemlich großer Geschwindigkeit fuhren Polizeiautos gegen die Menge, während auf den Trittbrettern stehende Polizisten mit Gummiknüppeln auf die Arbeiter einschlugen.

20 Personen, darunter 5 Polizisten, wurden verletzt.

Sechs Sozialdemokraten wurden lediglich auf Zeugenaussagen hin für Schützen gehalten. Im ganzen befinden sich noch 57 Personen in Haft.

Waffenschmuggel nach Deutschland. Holländische Sozialisten protestieren.

Ende der vorigen Woche beschlagnahmte die Polizei in Rotterdam eine Kiste mit 100 Revolvern und 2500 Patronen. Der inzwischen verhaftete Adressat der Kiste hat gestanden, daß er den Auftrag hatte, die Waffen nach Deutschland zu schmuggeln. Für jeden Revolver, den er über die Grenze brächte, sind ihm 3 Gulden versprochen worden.

Solche Waffenschleubungen sind im Laufe dieses Jahres häufig aufgedeckt worden. Nun bereiten die Sozialisten in Holland eine Interpellation für die nächste Sitzung der holländischen Kammer vor, in der sie sich über den

Mißbrauch des niederländischen Gastrechts durch deutsche Monarchisten und Nationalsozialisten

beschweren werden. Die sozialdemokratische Zeitung „Het Volk“ behauptet, daß diese Waffentransporte, die

belgische Waffen über Holland nach Deutschland

verschoben, mit dem Treiben deutscher Monarchisten im Zusammenhang stehen und im wesentlichen durch Nazis ausgeführt werden. Die Zeitung nennt eine Reihe deutscher Nationalisten in Holland, die teils nach Doorn, teils zu Hitler Beziehungen unterhalten und die mit dem Schmuggel in Verbindung gebracht werden.

Kampf oder Wahlpropaganda?

Die kämpfende Arbeiterpartei.

J. W. Der Verwaltungsrat der englischen Grafschaft Durham erhielt kürzlich ein Schreiben des Arbeitsministers, in dem dieser darauf hinweist, daß die Bestimmungen des Arbeitslosen-Gesetzes hinsichtlich der Bedürftigkeitsprüfung in Durham nicht vorschriftsmäßig durchgeführt wurden. Das Wohlfahrtskomitee erwiderte dem Minister, daß es nicht die Absicht habe, sein Verhalten gegenüber den Erwerbslosen zu ändern. Dieser Entschluß wurde im Verwaltungsrat mit den Stimmen der Mitglieder der Labour Party gebilligt. Wahrscheinlich wird der Arbeitsminister nunmehr einen Kommissar zur Durchführung der Bedürftigkeitsprüfung einsetzen.

Es ist zu fürchten, daß das energische Eintreten der Labour Party für die Erwerbslosen nicht damit zu erklären ist, daß die Labour Party nun endlich zum Kampf übergehen will, sondern lediglich dem Wunsch entspringt, bei den bevorstehenden Verwaltungsratswahlen einige Hundert Stimmen zu gewinnen.

Nachdem das Wohlfahrtskomitee der Grafschaft Durham sich geweigert hat, die Bedürftigkeitsprüfung vorschriftsgemäß anzuwenden, sind mehrere örtliche Wohlfahrtskomitees diesem Beispiel gefolgt. In einem Komitee wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß diese Bewegung sich im ganzen Lande ausdehnt, „sodaß am Ende das ganze gemeine Gesetz zum Teufel gejagt wird“.

Zentrum-Strategen und Jugendertüchtigung.

Ein Haar in der Butter.

In einer Rede, die Joos am Montag in einer Zentrumsversammlung in Münster gehalten hat, „macht“ folgende Stelle „stutzig“:

„Die Auffassungen der Regierung Papen-Schleicher-Gayl über Erziehung, Bildung und Schule machen uns stutzig. Bildung ist nicht dazu da, einer Regierung willfährige und schmiegsame Kreaturen zu schaffen, mit denen sie widerstandslos ihre einseitigen politischen Ziele verwirklichen kann. Schon recht, daß die schulpflichtige Jugend vor der politischen Verhetzung bewahrt und die Schule von dauernden politischen Experimenten geschützt werden muß. Aber wir werden wachsam sein, daß die Maßnahmen der Regierung auf Jugendertüchtigung nicht den ausschließlichen Zweck verfolgen, die Jugend für sich in Beschlag zu nehmen.“

Dieser Zentrumsprotest gegen Herrn von Gayls Schulrichtlinien vom Juli ist neu; damals widmete die Zentrumspresse dem Gayleichen Rundschreiben, dessen Inhalt sich etwa durch die Stichworte: Autorität, Nationalbewußtsein, Christentum kennzeichnen läßt, freundliche Beachtung. Was jetzt das Zentrum stutzig macht, hat Kaas in Münster gesagt: Es hat gemerkt — was im Juli noch nicht mit der Deutlichkeit zu erkennen war wie heute —, daß die deutschen Diktatoren „sich auch auf kulturellem Gebiet als allmächtige Zentralgewalt aufbauen“ wollen. Da ist natürlich Schluß fürs Zentrum.

Vertreter der deutschen Konfektion, die bekanntlich durch Brachts Erlaß in eine finanzielle Zwickelmühle gebracht worden war, haben am Dienstag mit den „zuständigen Persönlichkeiten“ im preußischen Innenministerium verhandelt. Zwar blieb der Zwickel unangetastet, aber es gelang, die Zusage zu erwirken, daß die Vorschriften über den Rückenauschnitt locker gehandhabt werden sollen.

Der sächsische Landtag hat am Dienstag einen nationalsozialistischen Antrag auf seine Auflösung abgelehnt. Für den Antrag stimmten außer den NS nur die Kommunisten.

Die Linie der Zentrumspolitik. Unter dieser Überschrift war in der gestrigen Nummer druckfehlerhafter Weise von „sozialistischer“ statt von „sozialpolitischer Ausplünderung“ die Rede.

Drei weitere Todesopfer hat das Grubenunglück auf der Zeche „Sofia Jacobs“ bei Rheydt gefordert. Jetzt liegen noch drei Schwerverletzte im Linnicher Krankenhaus in erstem Zustand danieder.

Antikriegs-Ausstellung.

Im Antikriegs-Museum in Berlin, Parochialstraße 29, ist augenblicklich eine aktuelle Ausstellung zu sehen: „Der Krieg China-Japan“, die in zahlreichen Dokumenten die kriegsrischen Ereignisse in der Mandschurei zeigt. Im Museum, das wochentäglich von 10 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends geöffnet ist, findet am Freitag, den 21. Oktober, abends 8 Uhr, ein öffentlicher Vortragsabend von Ernst Friedrich statt, der aus seinem bisher verbotenen Werk „Festung Gollnow“ vorlesen wird. In anschließender Diskussion haben Freunde und Gegner Gelegenheit, ihre Meinung frei zu äußern.

Irland kämpft gegen die Krise.

De Valeras Programm / Seine Aussichten und Gefahren.

Das Budget für 1932.

Gleich nach Antritt seiner Regierung, also vor dem Ausbruch eines offenen Konfliktes mit England, hat De Valera im irischen Parlament ein Budget annehmen lassen, das in zweierlei Hinsicht interessant ist. Einerseits sieht es eine solche Neuordnung der Steuern vor, daß die

Großgrundbesitzer und die in Dublin ansässigen großen englischen Firmen (Tabak, Bier, Keks) zu Gunsten der Bauern und der kleineren irischen Unternehmer erheblich belastet

werden. Die Folge, die sich schon jetzt bemerkbar macht, ist die, daß die Großgrundbesitzer ihr Land zu niedrigem Preis anbieten und daß die englischen Tabakverarbeiter und Bierbrauer sich mit dem Gedanken vertraut machen, in Dublin ihre Fabriken zuzumachen, die dort gewiß nicht dringend gebraucht werden.

Andererseits sieht jenes Budget sehr umfangreiche Häuserbauten vor. Und zwar handelt es sich um ein Programm des Baus von Arbeiterhäusern und von Siedlerhäusern,

die beide zum allergrößten Teil den Erwerbslosen zur Verfügung gestellt werden sollen. Es besteht kein Zweifel darüber, daß ein solches Programm erheblich zur Überwindung der auch in Irland sehr heftigen Krise beitragen wird.

Der Zollkrieg zwischen Irland und England.

Man weiß, daß angesichts der Weigerung der irischen Regierung, die Land Annuitäten in der Höhe von 3 000 000 Pfund Sterling an die englische Regierung abzuführen, in beiden Ländern versucht wird, dem Gegner durch hohe Zollschranken Schaden zuzufügen. (Uebrigens kommen zu diesen 3 000 000 noch weitere 2 000 000 Pfund Sterling hinzu, die die Iren für Pensionen an englische, früher in Irland beschäftigt gewesene Polizeibeamte u. s. w. hätten bezahlen müssen.)

Wie wirkt dieser Zollkrieg auf Irland? Er verhindert die Ausfuhr von Vieh nach England in sehr weitgehendem Maße.

Nun ist aber Folgendes wichtig: Der irische Freistaat hat etwa 3 000 000 Einwohner. Von diesen lebt fast die Hälfte westlich des Flusses Shannon. Sie sind zum allergrößten Teil Kleinbauern und haben mit der Viehausfuhr überhaupt nichts zu tun. Sie werden von dem Zollkrieg gar nicht betroffen. Sie erzeugen fast nur für den eigenen Verbrauch, verkaufen nur etwas Butter und einige Eier mit Hilfe ihrer Verkaufsgenossenschaften. Sie sind arm. Für sie stellt der Erlaß der Land-Annuitäten eine wirkliche Wohltat dar.

Die Viehzüchter sind in den großen fruchtbaren Ebenen Mittelirlands ansässig, Ebenen, die nur sehr dünn bevölkert, aber weit fruchtbarer sind als die Bauerngebiete westlich des Shannon. Den Viehzüchtern und Viehhändlern geht es schlecht infolge der hohen Einfuhrzölle Englands, des fast ausschließlichen Abnehmers von irischem Vieh. Es ist fast sicher, daß viele dieser Viehzüchter bankrott machen werden. Was wird die Folge sein?

Das fruchtbare Land, das nur wegen der Verzerrungen der Wirtschaft auf Grund der englischen Herrschaft der Viehzüchtung dient, wird frei zur Besiedlung mit Bauern, die dort den Boden weit besser ausnutzen können.

Eine solche Veränderung entspricht völlig den Absichten De Valeras. Es wird sogar behauptet, daß De Valera eben den Bankrott der Viehzüchter aus diesem Grunde gewünscht hat und darum den Zollkrieg mit England geradezu provoziert hat.

Wird es aber, wirtschaftlich gesehen, Sinn haben, dort Bauern anzusiedeln, wo jetzt die Viehzüchter sitzen? Das erscheint uns durchaus nicht unmöglich. Der Boden ist, wie gesagt, fruchtbarer als in den Bauerngebieten. Wie man sich leicht an der Hand eines Statistischen Jahrbuches überzeugen kann, erzielt aber der irische Freistaat schon jetzt nächst Dänemark den höchsten Weizen-Ertrag pro Hektar auf der Erde; einen Ertrag, der nahezu das Dreifache dessen ausmacht, der in den Vereinigten Staaten oder Kanada pro Hektar erzielt wird. Wie sollte es da nicht wirtschaftlich sein, auf noch fruchtbarerem Land von unverschuldeten Bauern Getreide pflanzen zu lassen?

Wenn man diese Maßnahme zur Zerschlagung des Großbesitzes zusammenhält mit dem Bauprogramm der Regierung, das der Bekämpfung der Erwerbslosigkeit dient, und der Vertreibung der englischen Bierbrauer und Zigarettdreher aus Dublin, erhält man ein nicht so ungünstiges Bild der Absichten De Valeras wie es zunächst schien. Manches erinnert geradezu an das, was der ISK für Deutschland gefordert hat.

Die Gefahrenpunkte.

Aber in dieser Politik gibt es Gefahrenpunkte, die wir nicht aus dem Auge verlieren dürfen.

1. Irland ist in bezug auf die Versorgung mit manchen Produkten von der Einfuhr abhängig. Es hat zunächst fast nichts auszuführen, besonders solange der Zollkrieg mit England andauert. Wird, wenn dieser Zollkrieg beendet ist, die Ausfuhr an Molkeerproduk-

ten ausreichen, um die Einfuhr notwendiger Produkte bezahlen zu können, also insbesondere die Einfuhr von Maschinen und anderen Eisen- und Stahlerzeugnissen. Die Gefahr besteht, daß Irland auf lange Zeit hinaus ein armes Land bleiben wird, weil es keine große Einfuhr bezahlen kann. Dabei ist allerdings zu bedenken, daß, wenn Irland 5 000 000 Pfund Sterling weniger an England zu zahlen hat, seine Ausfuhr nicht mehr so groß zu sein braucht. (5 000 000 Pfund Sterling sind etwa die Hälfte der Rinderausfuhr von 1930. Der Tribut, den die Iren jetzt verweigern, nimmt also die Form von etwa 150 000 Rinder an, die England jetzt nicht mehr abnehmen will.)

2. Das finanzielle System des Landes wird durch die von De Valera begonnenen und beabsichtigten Maßnahmen erheblich angespannt. Wird das in einer Inflation enden oder in einer erheblichen Einschränkung der geplanten Arbeiten und Siedlungen?

3. De Valera und manche seiner Anhänger sind überzeugte Katholiken. Der Kurs, den sie jetzt steuern, hilft der politischen Linken, insbesondere der irischen Republikanischen Armee (IRA), die unter kommunistischem Einfluß steht. De Valera wird sich daher bald gezwungen sehen, zwischen der Katholischen Kirche und der IRA zu wählen, und zwar besonders darum, weil der irische Kardinal alle Mitglieder kommunistischer Organisationen exkommuniziert hat. Wählt De Valera die Kirche, so ist der Bürgerkrieg fast sicher und damit jeder wirtschaftliche Fortschritt auf lange Zeit erschwert. Wählt er die IRA, so wird er in die Richtung einer Politik gedrängt, die sich noch mehr der sowjet-russischen mit all ihren Mängeln und Gefahren annähert. Man möchte fast wünschen, daß es De Valera, der sich schon oft als geschickter Taktiker erwiesen hat, gelingen möge, den offenen Konflikt hinauszuschieben.

Wie dem auch sein mag, auf jeden Fall zeigen diese Tatsachen, daß die Entwicklung der Lage in Irland unsere größte Aufmerksamkeit verdient.

Gerhard Kumleben.

Keine Belegungszeichen bei der Reichsbank.

(Angaben in Millionen Mark)

	Geld	Devisen	Reichsschatz	Währungs	Lombard	Ford	Währungs	Noten	Umlauf	Giro	Geld	Umlauf
7. 10. 1931	1219	142	40	188	688	1528	501	6232				
15. 10. 1931	1156	138	3	203	827	4527	551	6230				
7. 9. 1932	768	157	15	104	952	3689	389	5784				
15. 9. 1932	741	145	11	118	2848	597	413	614				
7. 10. 1932	796	137	38	102	291	618	412	5701				
15. 10. 1932	797	135	31	92	2747	519	367	5560				

Die Ausleihungen der Reichsbank haben in der Berichtswoche um 180 Millionen Mark abgenommen. Von den Ende September neu in Anspruch genommenen Krediten sind nunmehr rund 84 Prozent (403 Millionen Mark) zurückgezahlt worden. Die Gesamtausleihungen der Reichsbank haben damit einen Tiefstand erreicht, wie seit Monaten nicht mehr.

Einen Erfolg des Papenschen Ankurbelungs-Planes kann man aus den Reichsbank-Ziffern so wenig wie aus der Arbeitslosen-Statistik ablesen.

DEUTSCHLAND

Arbeitslosenstatistik der Gewerkschaften: Die Statistik des ADGB, die 3 185 850 Mitglieder umfaßt, läßt auch auf keine irgendwie erhebliche Belebung der Wirtschaft schließen. Von 100 Gewerkschaftsmitgliedern waren in der „Konjunkturgruppe“ 37,6 arbeitslos gegenüber 38,1 im August 1932 und 28,7 im September 1931. In der „Saisongruppe“ waren von 100 Gewerkschaftsmitgliedern 75 im September arbeitslos gegenüber 74,8 im August 1932 und 66,4 im September 1931. Die Zahl der Kurzarbeit Leistenden ging in der Konjunkturgruppe vom August zum September von 26,9 auf 26,3 zurück.

Wann erscheinen die Steuergutscheine? Voraussichtlich erst Ende Oktober oder Anfang November. Die Reichsbank ist grundsätzlich bereit, sie zu 75 Prozent des Kurswertes zu beleihen. In den ersten Monaten werden dafür ja nicht viel Steuergutscheine in Frage kommen. Für später behält sich die Reichsbank eine Beschränkung der zu beleihenden Menge vor.

Eine gesamt-deutsche Koks-Konvention wurde zwischen den deutschen Kohlsyndikaten abgeschlossen; es soll versucht werden, die holländischen Zechen der Konvention anzuschließen. Der Konkurrenzkampf der Syndikate im Koksabsatz für Hausbrand hat damit ein Ende. In Interessentenkreisen sagt man, dieser Konkurrenzkampf sei kostspielig gewesen. — Nun wird der Koks für die Abnehmer kostspielig!

Wie der Staat dem Zellstoffsyndikat hilft, die Preise zu erhöhen: Bereits Anfang des Jahres bemühte sich das Zellstoffsyndikat um einen Valuta-Ausgleichszoll auf die Einfuhr aus untervalutarischen Ländern. Da der größte Teil der Einfuhr aus den untervalutarischen skandinavischen Ländern stammt, wäre das ein hoher Schutzzoll für die deutsche Zellstoff-Industrie gewesen. Die Regierung lehnte diesen Zoll ab. Dafür wurde aber durch interne Verfügung die Devisenzuteilung für Zellstoff-Einfuhr an Stelle der üblichen Devisenbewirtschaftungsstellen ausschließlich dem Landesfinanzamt Berlin übertragen und außerdem die Devisenzuteilung hierfür noch stärker eingeschränkt als für andere Waren. — Erfolg: Das Zellstoffsyndikat hat ab 15. Oktober die Zellstoff-Preise um ungefähr 10 Prozent erhöht.

Verarbeitende Industrie für die Kaufkraft-Theorie.

Geheimer Regierungsrat Thurmann, geschäftsführendes Mitglied des Gesamtausschusses der papierverarbeitenden Industrie, schreibt in einem Aufsatz in der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ vom 27. September, in dem er sich gegen die Zellstoffpreis-Erhöhung wendet, unter anderem:

„Es wird gesagt, gerade Preiserhöhung bedeute eine Ankurbelung der Wirtschaft; bei sinkenden Preisen sei eine Belebung der Wirtschaft nicht zu erwarten, weil mit den Käufen in der Hoffnung auf weitere Preissenkung zurückgehalten wird. Es wird darauf hingewiesen, daß eine gewisse Nachfrage sich in den letzten Tagen bereits bemerkbar gemacht habe. . . . Das hindert aber nicht, zu erkennen, daß hier ein gefährlicher Trugschluß vorliegt. Er liegt darin, daß man einen Scheinbedarf künstlich weckt, und aus ihm Schlüsse zieht, als wäre er ein natürlicher Bedarf. Man verkennt, daß steigende Konjunktur vom Konsum her kommen muß.“

Steigende Preise können erst dann als Zeichen einer wirklichen „Ankurbelung der Wirtschaft“ gelten, wenn sie nicht Ursache, sondern Symptom sind. Das Thermometer steigt bei steigender Temperatur, nicht umgekehrt. Man kann das Thermometer leicht auch künstlich zum Steigen bringen, man braucht nur ein Streichholz daran zu halten. Aber es ist nicht anzunehmen, daß dadurch das Wetter wärmer wird. . . .“

Zum Schluß verlangt er, „daß die Regierung die Maßnahmen beseitigt, die einer normalen Preisbildung im Wege stehen.“

E. W.

25 Jahre Edeka.

Der Edeka-Verband, eine Zusammenfassung von Einkaufsgenossenschaften von Ladenkaufleuten, begeht im Oktober seinen 25jährigen Gründungstag.

Am 21. Oktober 1907 ist der Verband von 13 Einkaufsvereinen gegründet worden; die meisten der damals bestehenden 60 Einkaufsgenossenschaften der Kolonialwarenhändler schlossen sich in den folgenden Jahren dem Verband an. Dieser umfaßt gegenwärtig rund 430 Genossenschaften, in denen etwa 28 000 Einzelmitglieder mit ungefähr 30 000 Geschäften in mehr als 5600 Orten Deutschlands vereinigt sind. Im Jahre 1931 betrug der Umsatz aller Edeka-Genossenschaften 267 Millionen Mark.

Der Edeka-Verband ist für die Ladenkaufleute eine wichtige Stütze gegenüber der Konkurrenz der Waren- und Kaufhäuser. Der genossenschaftliche Einkauf ermöglicht es ihnen, sich ihre Stellung als selbständige kleine Unternehmer zu erhalten. Insofern liegt hier ein Vorbild für die genossenschaftliche Organisation der Bauern vor.

USA

Steigende Selbstkosten und steigende Verluste in der Kupferproduktion. Der heutige Preis für ein englisches Pfund Kupfer liegt unter 6 cents. Die durchschnittlichen Selbstkosten betragen 1892 20 cents, heute etwa 12 cents je Pfund. Die Kupferminen der USA sind heute stärker ausgenutzt als je zuvor, heute aber nur noch zu 20 Prozent ausgenutzt werden.

SOWJET-UNION

Die Kohlenindustrie hat in den ersten 8 Monaten dieses Jahres insgesamt 42,3 Millionen Tonnen gegenüber 34,7 Millionen Tonnen in der gleichen Periode 1931 geliefert, also 21,9 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Produktion bewegt sich aber in absteigender Kurve. Der Tagesdurchschnitt im August betrug 155 300 Tonnen gegenüber 198 168 Tonnen im Januar. Im August übertraf der Tagesdurchschnitt nur um 3,6 Prozent den Tagesdurchschnitt des Vergleichsmonats 1931, und er war um 6 Prozent niedriger als die durchschnittliche Tagesförderung im Juli 1932. Ein Erlaß des ZK vom 16. September legt besonderes Gewicht auf die bessere Schulung des Personals für die Bedienung der maschinellen Einrichtung.

Die Ölindustrie hat während der ersten 8 Monate nur 2,5 Prozent Zuwachs gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres zu verzeichnen.

Die Hüttenindustrie hat in den ersten 8 Monaten folgende Produktion geliefert:

	1932	1931	Zuwachs
Rohisen	4 006 000	3 139 500	27,6 %
Rohstahl	3 761 200	3 453 100	8,9 %
Walzwerksprodukte	2 818 200	2 556 100	10,3 %

(Nach der „Moskauer Rundschau“ vom 18. September. In der Resolution des Plenums des ZK vom 29. September — „Prawda“ vom 3. Oktober — ist der Zuwachs für Stahl mit 8 Prozent, für Walzprodukte mit 9 Prozent angegeben.)

BELGIEN

Zurück zum Freihandel? Der belgische Ministerrat beschloß am 17. Oktober die Preisgabe der bisherigen Kontingentspolitik. Weitere Kontingente sollen nicht festgesetzt werden; sämtliche bisher festgesetzten Kontingente sollen überprüft werden. Man meint in Brüssel, diese Überprüfung werde mit „unfehlbarer Sicherheit“ in der Rückkehr zum Freihandel enden.

POLEN

Neuer Zolltarif: Der seit langem angekündigte Zolltarif wurde veröffentlicht; er soll nach Ablauf eines Jahres in Kraft treten. — Bis dahin werden Hunderte von Beamten in vielen Ländern Beschäftigung finden mit Verhandlungen über die 4500 Zollsätze des Vertrages, deren Inkrafttreten angeblich die deutsche Einfuhr nach Polen völlig abdröckeln würde.

ENGLAND

Kohlenausfuhrprämien! Die englischen Bergwerksbesitzer haben einen neuen Entwurf zur Belebung des englischen Kohlenbergbaus ausgearbeitet. Durch eine Sonderabgabe auf die im Binnenhandel verkaufte Kohle von etwa 3½ Schilling je Tonne (2,55 Mark) soll die Ausfuhr verbilligter Kohle finanziert werden. Das deutsche System wird also in England nachgemacht. Erfolg: Die Engländer werden deutsche Kohle zu niedrigerem Preis kaufen als englische; die Deutschen werden wie bisher englische Kohle billiger bekommen als deutsche.